E+Z

Entwicklung und Zusammenarbeit

dandc.eu/de

10|2025

In der Fremde zurechtkommen

Schwerpunkt: Integration ist Gemeinschaftsaufgabe **Meinung:** Trotz der dramatischen Lage für Mädchen und Frauen in Afghanistan gibt es Möglichkeiten, sie zu unterstützen **Meinung:** Afrikanische Länder reagieren selbstbewusst auf US-Zölle **Aus aller Welt:** Das Bildungssystem im Jemen steht vor dem Zusammenbruch **Aus aller Welt:** Energiewenderhetorik, fossile Brennstoffe und die Rolle des Globalen Südens

Meinung — 5

5 **Wenn die Weltgemeinschaft der Lage der Afghaninnen weiter nur zusieht, werden fundamentale Menschenrechte aufgegeben**
Hila Limar

8 **Afrikanische Staaten reagieren auf die neuen US-Zölle unterschiedlich, aber durchaus selbstbewusst**
Alphonce Shiundu

11 **Inklusives Wachstum in Subsahara-Afrika fördern**
Aimé Muligo Sindayigaya

Investitionen in Bildung sind nötig, um das Potenzial von Subsahara-Afrika zu heben, S. 11.

Foto: picture alliance /SZ Photo/Leonhard Simon

> “Eine Gesellschaft kann ohne die Hälfte ihrer Mitglieder nicht funktionieren.“
>
> **Hila Limar, S. 5**

Foto: picture alliance/Matrix Images/Rupak De Chowdhu

Viele Länder des Globalen Südens setzen weiterhin auf fossile Energieträger, S. 16.

Aus aller Welt — 14

14 **Nach mehr als zehn Jahren Bürgerkrieg im Jemen liegt das Bildungssystem des Landes am Boden**
Abdulrahman Al-Humaidi

16 **Damit sich die Position der Länder des Globalen Südens auf dem Weltmarkt endlich verbessert, ist eine andere Industriepolitik nötig**
Pedro Alarcón

19 **Wie Unternehmen mit dem Contribution–Claim-Ansatz freiwillig zu globaler Klimagerechtigkeit beitragen können**
Lukas Küsters und Kirsten Gade

22 **Heutzutage: In Malawi erhofft sich die Bevölkerung von der nächsten Regierung, dass sie den Mangel an Lebensmitteln, Treibstoff und Arbeitsplätzen beseitigt**
Lameck Masina

24 — Schwerpunkt — In der Fremde zurechtkommen

25 Wir sollten die Migrationsdebatte mit weniger Angst und Vorurteilen führen und stattdessen diskutieren, wie Integration gelingt
Jörg Döbereiner

26 Menschen, die nach Deutschland ausgewandert sind, sprechen über ihre Gründe und ihren Neuanfang in der deutschen Gesellschaft
Htoo Myat Khin (Myanmar), Boniface Mwangi (Kenia), Antonia Konarska (Ukraine), Mohamad Melli (Syrien)

35 Wie individuell Migrationsgeschichten sein können, zeigt das Beispiel zweier Zwillingsschwestern aus Südsudan
Katharina Wilhelm Otieno

39 Der Erfolg von Integration hängt sowohl von den Migrant*innen ab als auch von den Aufnahmegesellschaften
Jenny Phillimore

43 Verbesserung der Wasserversorgung für Klimaflüchtlinge in Pakistan
Syed Muhammad Abubakar

46 Wie Kolumbien auf die große Fluchtbewegung aus Venezuela reagiert hat
Fabio Andrés Díaz Pabón

49 Trotz Unterstützung konnten nicht alle Geflüchteten aus Bergkarabach in ihrer neuen Heimat in Armenien Fuß fassen
André Uzulis

„Syrian Migration #15“ von Helen Zughaib (siehe S. 4).

Wenn Migrant*innen in einer Aufnahmegesellschaft Arbeit finden, Steuern zahlen und am sozialen Leben teilhaben, profitieren alle. Integration ist aber auch die Aufgabe aller: Sowohl Migrant*innen als auch Aufnahmegesellschaften müssen ihren Teil dazu beitragen. Statt zuzulassen, dass sich die Migrationsdebatte in Richtung Angst und Ausgrenzung verschiebt, sollten wir mehr darüber reden, wie Integration wirklich gelingt.

13 Impressum

383

getötete Hilfskräfte

wurden laut dem aktuellen Bericht der Aid Worker Security Database (AWSD) im Jahr 2024 gemeldet. Mit 181 Hilfskräften wurde fast die Hälfte davon allein in Gaza getötet, gefolgt von 60 Todesfällen im Sudan. Auch Südsudan, Nigeria, Libanon, Ukraine, Äthiopien, Somalia, Syrien und die Demokratische Republik Kongo waren im vergangenen Jahr tödliche Orte für Hilfskräfte.

Die gute Nachricht

Diesen Monat kommen unsere guten Nachrichten aus **Ghana.** Durch weitreichende **Reformen des Bergbaugesetzes** soll der Sektor dort gerechter und transparenter werden. Unternehmen wird künftig unter anderem die automatische Lizenzverlängerung entzogen, wenn sie ihren **ökologischen und sozialen Verpflichtungen** nicht nachkommen. Zudem sollen sie einen Teil ihrer Einnahmen aus Mineralienverkäufen nun direkt für die Entwicklung von Gemeinden bereitstellen.

KÜNSTLERIN

Helen Zughaib

Helen Zughaib wurde in Beirut, Libanon, geboren und musste im Alter von 16 Jahren aufgrund des anhaltenden Krieges aus ihrem Land fliehen. Diese frühe Erfahrung hat ihre Arbeit im Laufe der Jahre geprägt.

Foto: Basil Kiwan

Als arabischstämmige Amerikanerin spiegelt ihre Arbeit ihren Wunsch wider, den Dialog und das Verständnis zwischen Ost und West zu fördern. Sie arbeitet hauptsächlich mit Gouache auf Karton und Leinwand, hat aber kürzlich auch Stoffe, Schuhe, Holz und Glas in Mixed-Media-Installationen verwendet.

Wie sie selbst sagt, geht es in ihren Werken darum, Empathie zu schaffen. „Ich fordere Betrachtende dazu auf, durch die Augen anderer zu sehen, sich in die Lage anderer zu versetzen – und Spaltung, Gewalt und die Unterwerfung von Menschen überall abzulehnen, den Stimmlosen eine Stimme zu geben, zu heilen und unsere gemeinsame Menschlichkeit zu reflektieren."

Helen Zughaibs Werke „Syrian Migration #15" und „Syrian Migration #48" sind auf unserer Titelseite bzw. am Anfang des Schwerpunktteils zu sehen.

AFGHANISTAN

Wo Frauen fehlen

Vier Jahre nach der erneuten Machtübernahme der Taliban ist die Menschenrechtslage in Afghanistan verheerend. Das Land steht am Rand des wirtschaftlichen und humanitären Kollapses. Das liegt nicht zuletzt daran, dass Frauen und Mädchen in den letzten Jahren systematisch aus Bildung, Arbeitsmarkt und öffentlichen Räumen verdrängt wurden.

VON HILA LIMAR

Afghanistan ist heute das einzige Land, in dem Mädchen nicht zur Sekundarschule gehen können. Die Folgen sind gravierend – für die Betroffenen selbst, ihre Familien, die gesamte Gesellschaft und letztlich auch für die internationale Gemeinschaft.

Der Ausschluss von Mädchen aus der Schule bedeutet weit mehr als den Verlust beruflicher Möglichkeiten. Bildung gibt vielen Kindern – und besonders Mädchen – Raum für Neugier, Weiterentwicklung und Selbstwirksamkeit. Wird ihnen dieser Zugang verwehrt, verlieren sie nicht nur Chancen für die Zukunft, sondern auch Freude, Motivation und ein Stück Normalität im Alltag.

VERLUST DER INDIVIDUELLEN SELBSTBESTIMMUNG UND GESUNDHEIT

Die Folgen zeigen sich unmittelbar in der psychischen Gesundheit: Seit 2021 berichten immer mehr Mädchen und junge Frauen von Depressionen, Angstzuständen und wachsender Hoffnungslosigkeit. In einer Studie von Bishnaw, einer Plattform für Frauen in Afghanistan, gaben 68 % der Befragten im März 2023 an, mindestens eine Frau zu kennen, die seit 2021 unter solchen Belastungen leidet; sieben Prozent berichteten von Selbstverletzungen in ihrem Umfeld.

Parallel dazu verschärfen sich weitere gesundheitliche Risiken. Der Zugang zu medizinischer Versorgung ist zunehmend eingeschränkt, seit Dezember 2024 dürfen zudem keine neuen Krankenschwestern und Hebammen mehr ausgebildet werden. Dies geschieht in einem Land, in dem die Müttersterblichkeit bereits jetzt zu den höchsten weltweit zählt. Die Kombination aus unzureichender Gesundheitsversorgung, frühen Ehen aus wirtschaftlicher Not und einer hohen Geburtenrate nimmt vielen Mädchen und Frauen früh jede alternative Perspektive.

Die Folgen reichen weit über die Gegenwart hinaus. Kinder von gebildeten Frauen haben eine deutlich höhere Überlebenschance nach der Geburt, sind besser ernährt und besuchen selbst häufiger die Schule (UNESCO). Das heutige Bildungs- und Arbeitsverbot für Mädchen und Frauen gefährdet damit direkt die Zukunft kommender Generationen.

FAMILIEN LEIDEN UNTER ARMUT UND HUNGER

Wenn Frauen keinen Zugang zu Bildung haben, bleibt ihnen auch der Eintritt in den formellen Arbeitsmarkt verwehrt. Dazu kommt ein Verlust der Mobilität: Frauen dürfen sich nur mit einem Mahram – einem männlichen Angehörigen – in der Öffentlichkeit bewegen. Diese Auflage sorgt unter anderem dafür, dass bisher ausgeübte Tätigkeiten und Einnahmequellen verloren gehen. Damit bricht in zahlreichen Familien ein wesentliches Einkommen weg. Aktuelle Daten des World Food Programme gehen davon aus, dass sich zwei Drittel der frauengeführten Haushalte in Afghanistan keine Grundernährung leisten können.

Darüber hinaus treffen Flucht und Vertreibungen, die Klimakrise und fehlende internationale Gelder die Bevölkerung hart. Besonders aus den Nachbarländern Iran und Pakistan werden gerade in diesem Jahr wieder Hunderttausende Geflüchtete massenhaft zurück nach Afghanistan abgeschoben – auch wenn sie teilweise bereits seit Jahrzehnten nicht mehr dort gelebt haben. Zwischen dem 31. August und dem 5. September trafen zudem schwere Erdbeben den Osten des Landes. Die Todeszahlen sind dramatisch, und ganze Dörfer sind zerstört. Etwa 40.000 Menschen in der Region sind betroffen.

All dies verschärft eine ohnehin dramatische humanitäre Krise: Die Europäische Kommission spricht von mehr als 23,7 Millionen Menschen – über die Hälfte der Bevölkerung – die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind. Fast 900.000 Kinder unter fünf Jahren leiden laut Unicef unter schwerer Mangelernährung. Familien sehen sich gezwungen, ihr letztes Hab und Gut zu verkaufen, Kinder arbeiten zu lassen oder Töchter aus finanzieller Not zu verheiraten.

ZUSAMMENBRUCH VON WIRTSCHAFT UND VERSORGUNG

Der Ausschluss von Frauen aus Bildung und Arbeitsmarkt ist nicht nur eine individuelle Katastrophe, sondern wirkt sich volkswirtschaftlich verheerend aus. Laut UNICEF kostet das Verbot der Mädchenbildung Afghanistan jährlich 2,5% des Bruttoinlandsprodukts. Frauen machen die Hälfte der Bevöl-

Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Ebrahim Noroozi

Anstatt zur Schule zu gehen, sind junge Frauen unter den Taliban gezwungen, zu Hause zu sitzen.

„Eine Gesellschaft kann ohne die Hälfte ihrer Mitglieder nicht funktionieren.“

kerung aus, dürfen aber nur noch in wenigen Bereichen arbeiten. Ihre Arbeitsmarktteilnahme liegt laut UN Women bereits jetzt bei nur 24 %, während sie bei Männern 89 % beträgt.

Besonders dramatisch ist der Verlust im Gesundheitssektor: Wenn künftig keine neuen Ärztinnen, Krankenschwestern und Hebammen ausgebildet werden, droht ein Zusammenbruch der medizinischen Versorgung für Frauen, da Behandlungen durch Männer gesellschaftlich oft nicht akzeptiert werden.

Wo Frauen keine Bildung erhalten, fehlen zugleich lokale Lehrkräfte, Sozialarbeiterinnen und Unternehmerinnen – genau jene Multiplikatorinnen, die Gesellschaften stabilisieren und Innovation vorantreiben. Im Women's Empowerment Index sowie im Gender Parity Index von UN Women rangiert Afghanistan auf einem der letzten Plätze weltweit. Frauen erreichen durchschnittlich nur 17 % ihres Potenzials – ein Abgrund zu den Möglichkeiten für Männer, der sich weiter vertieft.

Mit alledem nimmt nicht zuletzt Afghanistans Abhängigkeit von internationaler Unterstützung weiter zu. Diese wurde jedoch als Reaktion auf die Einschränkungen der Frauenrechte in Afghanistan immer wieder als Druckmittel eingesetzt. Der Wegfall von Förderungen trifft allerdings nicht die De-facto-Autoritäten, die die Einschränkungen der Frauenrechte durchsetzen, sondern die einfache Bevölkerung, die damit doppelt leidet.

Der Ausschluss von Frauen ist weiterhin nicht nur eine nationale Katastrophe, er ist ein globales Problem. Wenn die Weltgemeinschaft der Lage der Afghaninnen weiter nur zusieht, werden fundamentale Menschenrechte aufgegeben. Das betrifft auch die internationale Sicherheit: Ein Land, das die Hälfte seiner Bevölkerung systematisch ausschließt, kann weder stabil noch friedlich sein.

HANDLUNGSSPIELRÄUME NUTZEN

Trotz der dramatischen Lage gibt es Möglichkeiten, Frauen und Mädchen in Afghanistan weiter zu unterstützen. Lokale Organisationen zeigen, was selbst unter widrigen Bedingungen möglich ist, wenn das Ziel klar bleibt: eine Zukunft, in der Afghan*innen ihr Potenzial frei entfalten können.

Grundschulbildung ist weiterhin erlaubt und bildet eine nicht zu unterschätzende Basis. Verbesserte Infrastruktur, gut ausgestattete Klassenräume und Gesundheitsprogramme können hier nachhaltige Wirkung entfalten. In Gemeindezentren und bei mancherorts noch möglichen Berufsausbildungen erhalten Mädchen geschützten Austausch, psychosoziale Unterstützung und Zukunftsperspektiven. Auch Online-Unterricht kann Zugang zu weiterführender Bildung bieten – solange die Sicherheit der Teilnehmerinnen gewährleistet ist.

Mit flexiblen Förderstrukturen, politischer Rückendeckung und verlässlicher Finanzierung ist vieles möglich. Deutschland und die internationale Gemeinschaft müssen ihre Verantwortung Afghanistan gegenüber ernst nehmen, statt sich weiter zurückzuziehen.

Afghanistan ist ein Extremfall, aber zugleich ein Mahnmal: Eine Gesellschaft kann ohne die Hälfte ihrer Mitglieder nicht funktionieren. Noch gibt es Handlungsspielräume. Diese müssen politisch verteidigt und finanziell unterstützt werden. Mädchenbildung ist kein symbolisches Projekt, sondern eine Investition in die Stabilität und Zukunft eines ganzen Landes.

HILA LIMAR
ist die Vorstandsvorsitzende von Visions for Children e. V.

info@visions4children.org

Foto: Carolin Windel für Visions for Children

Foto: picture alliance / Xinhua News Agency / Wang Guansen

Lesotho hat einen beispiellosen zweijährigen „nationalen Katastrophenzustand“ ausgerufen, um seine Wirtschaft neu zu ordnen.

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Afrika lässt sich von Trump nicht beirren

Als die von den USA verhängten disruptiven Zölle im August 2025 weltweit in Kraft traten, gingen viele afrikanische Länder keinesfalls vor Präsident Trump in die Knie. Manche kalibrierten ihre Handelsbeziehungen neu und suchen nun alternative Partner, um ihre Volkswirtschaften am Laufen zu halten. Andere versuchen, die Deal-Mentalität der US-Regierung auszunutzen und verhandeln staatliche Anerkennung, Frieden oder die Garantie für die Fortsetzung von Visa.

VON ALPHONCE SHIUNDU

Südafrika, Afrikas größte Volkswirtschaft, wurde mit Zöllen in Höhe von 30 % auf seine Exporte in die USA – seinem drittgrößten Handelspartner nach China und der EU – belegt und restrukturiert derzeit seine Wirtschaft, um die Auswirkungen abzufedern. Der afrikanische Wirtschaftsriese versucht, ein besseres Abkommen mit reduzierten Zöllen auszuhandeln, hat aber auch seine Suche nach alternativen Märkten in Japan, Vietnam, Indien, Thailand, dem übrigen Asien und dem Nahen Osten intensiviert. „Dies ist kein Plan B, sondern Plan A für langfristige Widerstandsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit", heißt es in einer Regierungserklärung vom 12. August 2025. Man setze auf diese Märkte wegen wachsender Nachfrage, bestehenden Verhandlungen und einer positiven Resonanz auf südafrikanische Produkte.

Den Zollverhandlungen gingen monatelange diplomatische Auseinandersetzungen voraus. Einer der brisantesten Streitpunkte ist ein US-Programm zur Asylvergabe an weiße Südafrikaner*innen, das mit Bedenken hinsichtlich eines neuen Landreformgesetzes in Südafrika begründet wurde. Trumps Anordnung stellt das Gesetz als Menschenrechtsproblem für Afrikaaner*innen dar – während das Programm in Südafrika als rassistisch motivierte Einmischung von außen angesehen wird. Denkwürdig war in diesem Zusammenhang das Treffen zwischen dem südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa und Trump im Weißen Haus im Mai, bei dem Trump Ramaphosa mit unbegründeten Vorwürfen eines Völkermords an weißen Südafrikaner*innen konfrontierte. Einige der Bilder, die Trump Ramaphosa dabei unter die Nase hielt, stammten in Wahrheit von Beerdigungen in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo).

„NATIONALER KATASTROPHENZUSTAND"

Lesotho, eines der Länder, für das im April der höchste Zollsatz für afrikanische Länder von 50 % angekündigt war, bevor dieser am 31. Juli auf 15 % gesenkt wurde, musste einen beispiellosen zweijährigen „nationalen Katastrophenzustand" ausrufen, um seine Wirtschaft neu zu ordnen. Die Textilindustrie, in der fast 90 % der Beschäftigten in industriellen Berufen tätig sind, wurde stark beeinträchtigt, da die meisten US-Aufträge aufgrund der zu erwartenden hohen Preise eingefroren wurden.

Handelsminister Mokhethi Shelile sagte, dass 12.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel stünden. Schätzungsweise 33.000 Menschen sind im Textilsektor beschäftigt, laut manchen Daten sogar 40.000. Unabhängig davon, welche Zahl zutrifft, ist der Verlust von 30 bis 36 % der Arbeitnehmer*innen im größten Beschäftigungssektor katastrophal für das arme Land. Die Hälfte der rund 2,3 Millionen Einwohner*innen lebt unterhalb der Armutsgrenze, und fast 30 % der Menschen sind bereits arbeitslos.

Anstatt jedoch die Mitleidskarte zu spielen, hat die Regierung den ausgerufenen Notstand genutzt, um Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft und zur Eindämmung von Arbeitsplatzverlusten ergreifen zu können. Sie schafft damit sogar möglicherweise neue Arbeitsplätze im Bauwesen und in der Landwirtschaft. Lesotho ist laut Shelile auch entschlossen, die afrikanische kontinentale Freihandelszone (African Continental Free Trade Area, AfCFTA) zu nutzen, um Exporte in andere Länder Afrikas zu steigern, aber auch nach Asien und Europa.

„Jumoke Oduwole, Ministerin für Industrie, Handel und Investitionen, erklärte, dass Nigeria seinen Exportmarkt diversifiziere, insbesondere im Hinblick auf Brasilien, Japan, China und die Vereinigten Arabischen Emirate."

„DIE WELT IST GROSS"

Nigeria ist Afrikas zweitgrößte Volkswirtschaft gemessen an der Kaufkraftparität, und verkauft hauptsächlich Öl, Düngemittel und Kakao in die USA. Das Land hat auf den Zollsatz von 15 % noch nicht reagiert, beobachtet aber aufmerksam die Schritte der USA hinsichtlich der bevorstehenden, aber unwahrscheinlichen Verlängerung des Africa Growth and Opportunity Act (AGOA), des Zollbefreiungsprogramms, das den Handel zwischen den USA und Afrika in den vergangenen 25 Jahren gefördert hat. AGOA läuft am 30. September 2025 aus, sofern es nicht zuvor vom Kongress verlängert wird.

Jumoke Oduwole, Ministerin für Industrie, Handel und Investitionen, erklärte, dass Nigeria seinen Exportmarkt diversifiziere, insbesondere im Hinblick auf Brasilien, Japan, China und die Vereinigten Arabischen Emirate, die alle bereits Handelspartnerschaften mit dem westafrikanischen Land unterhalten. „Die Welt ist groß", sagte sie Anfang August gegenüber CNN, als die Zölle in Kraft traten, und warb für mehr innerafrikanischen Handel durch die AfCFTA, die darauf abzielt, den Kontinent zu einem Binnenmarkt mit mehr als 1,4 Milliarden Menschen in 54 Ländern zu machen.

„Es ist unwahrscheinlich, dass Länder, die Abgeschobene aus den USA aufnehmen, beispielsweise um die weitere Verfügbarkeit von US-Visa sicherzustellen, sich an einem afrika-weiten Widerstand gegen die Zölle beteiligen würden."

Es gab bislang noch keine gesamtafrikanische Reaktion, aber Wamkele Mene, Generalsekretär der AfCFTA, betonte gegenüber dem Wirtschaftsnachrichtensender CNBC, dass die afrikanischen Staaten ihre kombinierte Marktgröße nutzen sollten, um bessere Bedingungen mit den USA auszuhandeln. Andere Fachleute erklärten jedoch gegenüber dem Institute of Security Studies in Südafrika, der Versuch, eine gemeinsame Vereinbarung mit 54 Ländern zu erzielen, die jeweils ihre eigenen Interessen und lokalen politischen Realitäten haben, sei „idealistisch" – und die Fortentwicklung der AfCFTA die produktivere Option.

ROHSTOFFE GEGEN FRIEDEN

Sie haben durchaus recht. So hat beispielsweise die DR Kongo, zweitgrößtes Land Afrikas und belegt mit einem Zollsatz von 15 %, sich nicht öffentlich gegen die Zölle ausgesprochen. Allerdings hat das Land öffentlich um eine Intervention der USA gebeten, um den jahrzehntelangen Konflikt im Land zu beenden, und im Gegenzug lukrative Rohstoffgeschäfte angeboten. Für die DR Kongo, die bereits Milliardeninvestitionen aus China erhalten hat, sind der von den USA unterstützte Friedensprozess und die damit verbundene Stärkung des Regimes von Präsident Félix Tshisekedi sowie weitere Milliardeninvestitionen in den Bergbau wichtiger als ein Aufbegehren gegen die US-Zölle.

Somaliland, die halbautonome Region in Somalia, agiert auf ähnliche, auf Deals ausgerichtete Weise. Somaliland hat den USA im Gegenzug für eine offizielle Anerkennung als Staat Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Militär und Diplomatie angeboten. Somalia ist über diese Annäherungsversuche verärgert, hat aber letztlich dringlichere Probleme zu bewältigen – wie beispielsweise den Mangel an Sicherheit, wirtschaftlicher Stabilität und Entwicklung.

Ruanda scheint den Grundzollsatz von zehn Prozent akzeptiert zu haben und hat sich nicht öffentlich dagegen ausgesprochen. Stattdessen hat es, wie Eswatini, Südsudan und Uganda, angeboten, bei der Aufnahme von Menschen zu helfen, die aus den USA abgeschoben werden. Die BBC berichtete, dass diese nach Ruanda kommenden Abgeschobenen von einer nicht näher spezifizierten finanziellen Unterstützung begleitet werden, aber die Details sind unklar. Es ist unwahrscheinlich, dass Länder, die Abgeschobene aus den USA aufnehmen, beispielsweise um die weitere Verfügbarkeit von US-Visa sicherzustellen, sich an einem afrikaweiten Widerstand gegen die Zölle beteiligen würden.

Letztendlich ist das aber nicht wirklich wichtig, denn Afrika verfügt über ein enormes Potenzial, seine Exportmärkte zu diversifizieren, bessere Konditionen zu erzielen und sich auf den Ausbau des innerafrikanischen Handels durch die AfCFTA zu konzentrieren, um Entwicklung voranzutreiben, Arbeitsplätze zu schaffen und seine Volkswirtschaften anzukurbeln. Jetzt könnte der beste Zeitpunkt sein, um die Dinge in Gang zu bringen.

ALPHONCE SHIUNDU
ist ein kenianischer Journalist, Redakteur und Faktenchecker.

shiunduonline@gmail.com
X: @Shiundu

Foto: picture alliance/SZ Photo/Leonhard Simon

Es braucht weitere Investitionen in Bildung und Gesundheit, um das Potenzial junger Menschen in Afrika voll auszuschöpfen.

WACHSTUM

Wie Subsahara-Afrika auf inklusive Weise wachsen kann

Obwohl Afrikas Volkswirtschaften wachsen, leben viele Menschen weiterhin in Armut. Es gibt Möglichkeiten, dies zu ändern – etwa in den Bereichen Humankapital, Landwirtschaft und Besteuerung. Aber die Regierungen müssen mehr dafür tun.

VON AIMÉ MULIGO SINDAYIGAYA

Im Jahr 1990 war die Hälfte der Menschen in Subsahara-Afrika, Südasien, Ostasien und im Pazifikraum extremer Armut ausgesetzt. Drei Jahrzehnte später lebten noch schätzungsweise 35 % der Bevölkerung Subsahara-Afrikas in extremer Armut – in Südasien hingegen neun Prozent und in Ostasien und im Pazifikraum noch ein Prozent. Wie kann das sein, wenn man bedenkt, dass zwischen 2000 und 2014 fast die Hälfte der 25 am schnellsten wachsenden Länder in Subsahara-Afrika lag?

Tatsächlich war das Wachstum in Subsahara-Afrika weder ausreichend noch effizient oder inklusiv genug, um die Ar-

mut maßgeblich zu reduzieren. Das Wirtschaftswachstum hat mit dem raschen Bevölkerungszuwachs nicht mitgehalten. Die extreme Armut ist zwischen 2000 und 2014 zwar um rund 20 % gesunken, aber aufgrund des rasanten Bevölkerungswachstums leben trotzdem nur zehn Millionen weniger arme Menschen in Subsahara-Afrika.

> „Die Grundsteuern in Afrika liegen immer noch bei etwa 10 bis 20 % des Möglichen, und die meisten Länder haben noch keine Vermögen- und Erbschaftsteuern eingeführt."

Auch scheint das Wachstum relativ wenig zur Armutsbekämpfung in Subsahara-Afrika beizutragen. Steigt das Pro-Kopf-BIP in Subsahara-Afrika um ein Prozent, so verringert sich die Armut ebenfalls nur um ein Prozent – gegenüber 2,5 Prozent weltweit. Das hängt mit der Qualität des Wachstums im Afrika südlich der Sahara zusammen: Es weist eine geringe Entwicklung des Humankapitals auf, eine geringe wirtschaftliche Diversifizierung sowie einen unzureichenden Strukturwandel.

Zudem ist Subsahara-Afrika nach Lateinamerika die Region mit der zweithöchsten Ungleichheit weltweit. Die Armutsbekämpfung in Subsahara-Afrika wird demnach deutlich mehr durch Einkommenswachstum (84 %) als durch eine gerechtere Einkommensverteilung (16 %) vorangetrieben.

Mehr als die Hälfte der Ungleichheit in Subsahara-Afrika rührt aus ungleichen Chancen aufgrund von Faktoren wie Geburtsort, ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht und familiärem Hintergrund sowie aus Unwirtschaftlichkeiten auf institutioneller Ebene und auf dem Markt. Der Zugang zu Beschäftigung und öffentlichen Dienstleistungen ist unfair und beschränkt, und das Wachstum ist somit nicht inklusiv. Dies wiederum behindert die Armutsbekämpfung.

Konflikte aufgrund wirtschaftlicher und politischer Ausgrenzung sind ein weiteres Hemmnis. Zwischen 1996 und 2022 sank der UN-Wirtschaftskommission für Afrika zufolge das jährliche Wachstum in afrikanischen Ländern, in denen weitverbreitete Gewalt herrschte, um 20 %, und ihre Werte im Human Development Index verschlechterten sich um 2,5 %. Von den weltweit in extremer Armut lebenden Menschen befinden sich derzeit 42 % in Ländern Subsahara-Afrikas, in denen Konflikte herrschen.

REGIERUNGEN MÜSSEN VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Die Regierungen in Subsahara-Afrika müssen dringend etwas tun, damit die Region den Kampf gegen die Armut nicht verliert. So muss etwa gegen Unwirtschaftlichkeiten bei öffentlichen Ausgaben vorgegangen werden; durch diese sind zwischen 1980 und 2013 etwa 11,3 % des BIP verloren gegangen. Wenn das gelingt, könnten die freigesetzten Ressourcen in Sektoren investiert werden, die das Wachstum inklusiver machen und die Wirtschaft widerstandsfähiger gegenüber dem Klimawandel und anderen externen Schocks, die ebenfalls Armut verursachen.

Daher ist es wichtig, das Humankapital zu priorisieren. Kinder, die heute in Subsahara-Afrika geboren werden, erreichen voraussichtlich mit 18 Jahren 40 % ihres Produktivitätspotenzials – das ist einer der weltweit niedrigsten Werte. Durch weitere Investitionen in Bildung und Gesundheit könnte die demografische Dividende der Region bis 2030 mit 11 bis 15 % zum BIP beitragen und die Zahl der in Armut lebenden Menschen um 40 bis 60 Millionen verringern.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Landwirtschaft. Nur drei Länder der Region – Burundi, Äthiopien und Mauretanien – haben von 2015 bis 2023 tatsächlich zehn Prozent ihrer gesamten öffentlichen Ausgaben für die Landwirtschaft aufgewendet, wie es afrikanische Regierungen 2003 im Rahmen des Comprehensive African Agricultural Development Programme vereinbart haben, um die Armut auf dem Kontinent zu reduzieren.

Ausgaben für die landwirtschaftliche Entwicklung sind sinnvoll, da Wachstum in diesem Sektor die Armut zwei- bis dreimal wirksamer reduziert als in anderen Bereichen. Auch können dadurch die Selbstversorgung verbessert und die Ausgaben für Lebensmittelimporte gesenkt werden. Für die ganze Region lagen diese zwischen 2018 und 2020 bei 43,6 Milliarden Dollar.

HANDEL, STEUERN UND ÜBERWEISUNGEN

Ebenso wichtig ist es, Hürden zu beseitigen, die eine vollständige Umsetzung der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone (AfCFTA) ausbremsen. Diese Initiative wurde 2012 von afrikanischen Staats- und Regierungschefs beschlossen, um den innerafrikanischen Handel anzukurbeln. Durch sie könnten die Einkommen auf dem Kontinent bis 2035 um sieben Prozent gesteigert und 40 Millionen Menschen aus extremer Armut befreit werden.

Auch offizielle internationale Überweisungen – Geldtransfers von Migrant*innen in ihr Herkunftsland – sollten gefördert werden. Durch eine zehnprozentige Steigerung der offiziellen internationalen Überweisungen im Verhältnis zum BIP kann der Anteil der in Armut lebenden Menschen um 2,9 % gesenkt werden.

Nicht zuletzt müssen die Länder der Region ihre Finanzpolitik stärker auf die Armen ausrichten, um die Ungleichheit zu verringern. Laut Weltbank zahlen ärmere Haushalte in Subsahara-Afrika im Verhältnis zu ihrem Einkommen hohe Steuern. Um das Einkommen umzuverteilen, schlägt die Bank daher vor, Mehrwertsteuerbefreiungen abzuschaffen, von denen vor allem Reiche profitieren, da die Armen meist auf informellen Märkten einkaufen. Auch Steueranreize für Unternehmen müssen reduziert und Reiche höher besteuert werden. Die Grundsteuern in den meisten afrikanischen Staaten liegen immer noch bei etwa 10 bis 20 % des Möglichen, und die meisten Länder haben noch keine Vermögen- und Erbschaftsteuern eingeführt.

Ohne gute Regierungsführung ist Armutsbekämpfung in Subsahara-Afrika fraglos unmöglich. 2013 starteten die Staats- und Regierungschefs der Afrikanischen Union die Initiative „Silencing the Guns in Africa“ („Die Waffen in Afrika zum Schweigen bringen“) und verpflichteten sich, bis 2020 alle Kriege in Afrika zu beenden. Erreichen wollten sie das durch die Bekämpfung der Ursachen von Konflikten, einschließlich wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten, und indem Straflosigkeit beendet und Rechenschaftspflicht gewährleistet wird. Auch heute noch sind jedoch verschiedene Regionen Afrikas von Konflikten geplagt, die den Kontinent daran hindern, sein volles Entwicklungspotenzial zu entfalten. Gute Regierungsführung ist auch deshalb zweifellos der wichtigste Faktor für ein wirklich inklusives Wachstum in Subsahara-Afrika.

AIMÉ MULIGO SINDAYIGAYA
ist Wirtschaftswissenschaftler mit fast 20 Jahren Erfahrung in der Finanzdienstleistungsbranche.

sindaimy@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

66. Jg. 2025
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als
D+C Development and Cooperation.
Website: www.dandc.eu
ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 29.09.2025 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen.
Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner*innen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel.: (02 28) 2 07 17-0; Fax: (02 28) 2 07 17-150
engagement-global.de

BEIRAT:
Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge,
Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:
Fazit Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Pariser Straße 1, D-60486 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Eva-Maria Verfürth (EMV, Chefredakteurin, inhaltlich verantwortlich),
Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO, Redakteurin), Jörg Döbereiner
(JD, CvD), Maren van Treel (MVT, Social-Media-Redakteurin),
Dagmar Wolf (DW, Assistentin)
Freiberufliche Mitarbeit: Ronald Ssegujja Ssekandi, Kampala (RSS)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZIT-Stiftung.

DESIGN:
Lisa Stein, Anabell Krebs

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstigeBeiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

Die in E+Z-Veröffentlichungen verwendeten Bezeichnungen und Karten bedeuten keine Meinungsäußerung von E+Z hinsichtlich des rechtlichen Status von Ländern, Gebieten oder Regionen, von Grenzziehungen oder behördlichen Zuständigkeiten.

BILDUNG

Überfüllte Klassenzimmer, Unterricht im Freien oder Ausfall

Nach mehr als zehn Jahren Krieg steht das Bildungssystem im Jemen kurz vor dem Zusammenbruch. Zwei von fünf Kindern gehen nicht mehr zur Schule. Tausende Schulen wurden zerstört, beschädigt oder umfunktioniert. Das Land ist dabei, die Zukunft einer ganzen Generation zu verlieren.

VON ABDULRAHMAN AL-HUMAIDI

Foto: picture alliance / Xinhua News Agency / Mohammed Mohammed

Unterricht im halb eingestürzten Gebäude der Shuhada-al-Wahdah-Schule in der jemenitischen Provinz Ibb.

Jeden Morgen läuft Amin von seinem Zuhause im Dorf al-Nakhla mehr als eine Stunde lang durch unwegsames Berggelände. Zielort des Zwölfjährigen aus dem Bezirk Jabal Habashi in der jemenitischen Provinz Taizz ist das Klassenzimmer, das sein Lehrer unter einem alten heiligen Feigenbaum außerhalb der Schule beim örtlichen Friedhof eingerichtet hat. Etwa 20 Schüler*innen teilen sich den Schatten des Baumes.

Der heilige Feigenbaum dient der Omar-bin-al-Khattab-Schule als provisorisches Klassenzimmer. Da die zehn vorhandenen Klassenräume überfüllt sind, sieht sich die Schulleitung dazu gezwungen, den Unterricht für einige Schüler*innen nach draußen zu verlagern.

Laut dem Schulleiter Khaled Saeed sind mehr als 600 Schüler*innen in zehn kleinen Klassenzimmern im Schul-

gebäude untergebracht – in manchen gibt es weder Tische noch Stühle. Weitere 55 lernen unter dem Baum oder entlang einer Wand des Schulgebäudes.

EIN JAHRZEHNT KRIEG

Der multilaterale Bürgerkrieg im Jemen begann 2014. Nach einem Jahrzehnt Krieg ist der Bildungssektor schwer angeschlagen. Viele Schulen wurden zerstört, die übrigen sind völlig überfüllt.

„Der Krieg beeinträchtigt jeden Lebensbereich der Jemenit*innen, am schlimmsten jedoch den Bildungssektor. Etwa 4,5 Millionen Schüler haben die Schule abgebrochen. Kinder, die eigentlich in die Schule hätten gehen sollen, haben durch den Krieg ihre Zukunft verloren“, sagt Mahmoud Tarmoom, Schulleiter der al-Andalus-Schule in der Stadt Marib.

Das Land hat während des Krieges enorme Wellen der Vertreibung erlebt. Mit drastischen Folgen: Viele Familien flohen mit ihren Kindern aus den von Huthi-Rebellen kontrollierten Gebieten in Regionen, die von Regierungstruppen gehalten werden, ohne die Schuldokumente ihrer Kinder mitzunehmen. Das Bildungsministerium habe zwar versucht, eine Lösung zu finden, aber es bleibe ein großes Problem für die Eltern, erklärt Tarmoom.

„In Gegenden mit vielen vertriebenen Menschen, wie Marib, sind die Herausforderungen immens. Die Schulen sind überfüllt, es mangelt an Lehrkräften und Schulbüchern. Außerdem haben wir nicht genügend Schulgebäude“, sagt der Schulleiter. Laut dem UN-Habitat-Profil der Stadt Marib stieg die Zahl der Schulen von 18 im Jahr 2014 auf 60 im Jahr 2020. Dieses enorme Wachstum liegt an den steigenden Bevölkerungszahlen, vor allem durch Binnenflüchtlinge. Laut UN-Habitat hatte Marib 2014 knapp 17.000 Einwohner*innen; 2019 waren es bereits etwa 630.000.

MANGEL AN LEHRKRÄFTEN

Laut Abdulaziz Sultan, Berater des jemenitischen Bildungsministers und Vorsitzender der Lehrergewerkschaft in Taizz, werden mehr als 84.000 Schüler*innen in der Provinz Taizz in völlig überfüllten Klassenzimmern unterrichtet. Da es an geeigneten Sitzgelegenheiten mangelt, lernen viele im Freien, manchmal an unsicheren Orten wie halb eingestürzten Gebäuden.

Sultan berichtet auch, dass neun Schulen in Taizz geschlossen werden mussten, weil sie in Reichweite der Waffen der Huthis liegen.

In Taizz gibt es mehr als 45.000 Lehrkräfte, aber laut Sultan ist das nicht genug. Einige arbeiten ehrenamtlich, um die Lücken zu füllen. Außerdem unterrichten viele pensionierte Lehrkräfte weiter, da ihre Renten nicht ausgezahlt wurden, was das ohnehin schon überlastete Bildungssystem zusätzlich finanziell belastet. „Die Gehälter der Lehrkräfte sind unglaublich niedrig und reichen nicht einmal zur Deckung ihrer Grundbedürfnisse“, sagt Sultan. Der monatliche Durchschnittsverdienst für Lehrkräfte im Jemen liegt bei etwa 60 Dollar. In von Huthis kontrollierten Gebieten kostet ein Sack Mehl etwa 150 Dollar.

UNICEF warnt davor, dass es in der kommenden Generation in fünf bis zehn Jahren weit verbreiteten Analphabetismus und einen Mangel an mathematischen Grundkenntnissen geben könnte, sofern sich die Bildungssituation im Jemen weiter verschlechtert. Diese Generation hätte damit schlechte Voraussetzungen, sich einen angemessenen Lebensunterhalt zu verdienen.

Dieser Artikel wurde in Zusammenarbeit mit Egab veröffentlicht.

ABDULRAHMAN AL-HUMAIDI
ist ein jemenitischer Journalist und Faktenprüfer. Er berichtet über politische, soziale und humanitäre Themen im Jemen.

euz.editor@dandc.eu

DEKARBONISIERUNG

Fossile Brennstoffe und die Rhetorik der Energiewende

Um die Klimakrise einzudämmen, ist die Abkehr von kohlenstoffintensiven Energiequellen unabdingbar. In vielen Ländern haben fossile Brennstoffe jedoch immer noch eine große Bedeutung. Die Rolle vieler Länder des Globalen Südens auf dem Weltmarkt bleibt trotz der Energiewenderhetorik weitgehend wie gehabt: In erster Linie werden Rohstoffe und Energie exportiert, Technologien hingegen importiert. Das zeigt, dass die Industriepolitik unbedingt überdacht werden muss.

VON PEDRO ALARCÓN

Foto: picture alliance / Matrix Images / Rupak De Chowdhu

Kohlebergwerk im indischen Bundesstaat Jharkhand.

Ende April 2025 gab es in Spanien und Portugal einen massiven, fast ganztägigen Stromausfall. Die westlichen Medien berichteten ausführlich darüber, wie das den Alltag beeinträchtigte. In anderen Teilen der Welt machen derartige Ereignisse keine Schlagzeilen. In Südafrika gibt es seit 2007 immer wieder Stromausfälle, die dort als „load shedding" bezeichnet werden. In Ecuador kam es 2024 in der zweiten Hälfte des Jahres in den großen Städten täglich zu 14-stündigen Stromausfällen. Die Ursachen sind unterschiedlich und reichen von schlechter staatlicher Planung und Korruption bis hin zu durch den Klimawandel bedingten Dürren, durch die die Wasserkraftwerke austrocknen. Heute leben etwa 17 Millionen Menschen in Lateinamerika und etwa 600 Millionen in Afrika ohne Zugang zu Elektrizität.

Dennoch ist „Energiewende" zu einem globalen Schlagwort geworden. Ein Schlüsselelement dieser Wende, wie sie sich der Globale Norden vorstellt, ist die Stromversorgung grundlegender Dienstleistungen mit erneuerbaren Energien. Statt Kohle sollen Wind- und Sonnenenergie den Strom für alltägliche Zwecke wie Kochen und Transport liefern.

Zu dieser Vision gehört der Zugang zu Technologie – und das ist eine große Herausforderung für den Globalen Süden. Die großen Hersteller von Windkraftanlagen, Solarzellen, E-Autos und Batterien sitzen in der westlichen Hemisphäre und in China. Um sich diese teuren „grünen" Technologien leisten zu können, sind viele ärmere Länder auf Einnahmen aus dem Export klimaschädlicher Rohstoffe wie Kohle, Öl und Erdgas angewiesen.

DIE BEDEUTENDE ROLLE KRITISCHER MINERALIEN

Sogenannte kritische Mineralien sind das Herzstück grüner Technologien. Die weltweite Nachfrage danach im Bereich der umweltfreundlichen Energietechnologien soll sich bis 2040 vervierfachen. Laut der Internationalen Energieagentur (IEA) benötigen E-Autos etwa sechsmal so viele Mineralien wie herkömmliche Fahrzeuge, und Onshore-Windkraftanlagen neunmal mehr Mineralien als Gaskraftwerke. Diese Rohstoffe sind nicht knapp, aber sie kommen häufig in Regionen vor, die von Konflikten, kulturellen Interessen oder einer reichen Artenvielfalt geprägt sind. Kobalt wird unter anderem in der Demokratischen Republik Kongo abgebaut, Graphit in Mosambik und Nickel etwa in Indonesien und auf den Philippinen. Lithium wird beispielsweise in Chile und Argentinien gewonnen, Kupfer seit Langem in Peru und Chile.

Diese Rohstoffe werden meist zur Verarbeitung und Hightech-Fertigung in Industrieländer exportiert. Die Weltmächte liefern sich ein Wettrennen darum, Bodenschätze im Ausland zu scheffeln, wichtige Mineralien weiterzuverarbeiten und grüne Technologien zu entwickeln. China hat derzeit die Nase vorn.

Die Volkswirtschaften des Globalen Südens sind schon seit Langem von Rohstoffexporten abhängig. Diese Abhängigkeit schwächt sie, denn die Rohstoffpreise auf den globalen Märkten schwanken. Regierungen verteilen Rohstoffeinnahmen oft über klientelistische Netzwerke, um sich politische Loyalität und Wiederwahlen zu sichern. Das fördert Autoritarismus. Soziale Konflikte wie Streitigkeiten um Land und Lebensgrundlagen können dort entstehen, wo umstrittene Projekte im Bereich erneuerbarer Energien umgesetzt werden und die Gewinnung fossiler Brennstoffe sowie von Rohstoffen für „grüne Technologien" intensiviert wird. Die Energiewende verstärkt diese Dynamik, statt sie zu transformieren.

> „Fossile Brennstoffe sind in vielen Ländern nach wie vor zentral für die Deckung des Energiebedarfs und die Energiesicherheit."

FOSSILE BRENNSTOFFE BLEIBEN WICHTIG

In den aktuellen Debatten über die Energiewende werden diese und andere strukturelle Gegebenheiten tendenziell heruntergespielt. Fossile Brennstoffe sind in vielen Ländern nach wie vor zentral für die Deckung des Energiebedarfs und die Energiesicherheit. Indien und Südafrika etwa sind extrem abhängig von heimischer Kohle. In den Andenländern Peru, Ecuador und Kolumbien nutzen die meisten Haushalte Flüssiggas (LPG) zum Kochen. Weil die Regierungen Ecuadors, Indiens und Indonesiens Kochgas subventionieren, bleibt es bezahlbar. Ölreiche Länder bezuschussen oft Ölprodukte für die tägliche Fortbewegung. Die Kraftstoffpreise für Verbraucher*innen in Angola, Nigeria, Kolumbien und Venezuela gehören nach wie vor zu den niedrigsten weltweit.

Diese Subventionen sind nicht nur wirtschaftliche Instrumente – sie sind fest im Sozialvertrag dieser Länder verankert. Viele Bürger*innen betrachten billigen Kraftstoff als ihren rechtmäßigen Anteil am nationalen Wohlstand, besonders in rohstoffreichen Ländern. Versuche, solche Subventionen abzuschaffen, führen oft zu Unruhen, wie kürzlich in Angola.

Fossile Brennstoffe bleiben daher für die Länder des Globalen Südens unverzichtbar für ihre Entwicklung. Investor*innen mit transnationalem Kapital treiben gemeinsam mit nationalen Gatekeepern die Ausbeutung von Rohstoffen voran, um der wachsenden Nachfrage nach kritischen Mineralien und fossilen Brennstoffen zu begegnen. Im Globalen Norden wird die Energiewende hingegen eher als Geschäftsmöglichkeit dargestellt, um Kapitalinvestitionen in grüne Technologien umzulenken und grüne Arbeitsplätze zu schaffen.

Die aktuelle Debatte um die Energiewende ähnelt dem nach dem Zweiten Weltkrieg propagierten Entwicklungsparadigma. Damals sollten Technologietransfer, Kapitalinvestitionen und internationale Zusammenarbeit der „Dritten Welt“ zu Fortschritt verhelfen. Jahrzehnte später exportieren jedoch viele Länder des Globalen Südens weiterhin Rohstoffe und importieren Technologie.

Die heutige Energiewende läuft Gefahr, dieses Muster zu verfestigen. Angesichts des weltweit steigenden Energieverbrauchs könnten Regierungen zunehmend das Naturkapital ihrer Länder gegen kurzfristige Einnahmen und die Unterstützung der Bevölkerung eintauschen. In Regionen, in denen es viel informelle Arbeit gibt, schafft die Rohstoffindustrie jedoch nur begrenzte Beschäftigungsmöglichkeiten.

gesprochen wichtig – wieder auf die Industriepolitik im Globalen Süden fokussiert werden.

Der Welthandel hat sich seit Mitte des 20. Jahrhunderts sehr verändert. Viele Länder des Globalen Südens sind mit dem Höhepunkt des Freihandels in den 1990er-Jahren deutlich abhängiger von Rohstoffexporten geworden. Seither ist die technologische Kluft zwischen Globalem Norden und Süden gewachsen. Allerdings könnte die Energiewende neue Chancen bieten. Länder, die reich an natürlichen Ressourcen sind, könnten die steigende Nachfrage nach Mineralien nutzen, um bessere Konditionen auf dem Weltmarkt auszuhandeln. Einige Länder, etwa Indonesien und Simbabwe, versuchen bereits, mehr Wert zu binden, indem sie Exportverbote für unverarbeitete Mineralien verhängen und die lokale Verarbeitung fördern.

Ohne ein grundlegendes Umdenken im Hinblick auf die Industriepolitik wird die Energiewende jedoch nur dazu führen, dass sich der Globale Süden erneut als Lieferant natürlicher Ressourcen in die Weltwirtschaft integriert.

„Angesichts des weltweit steigenden Energieverbrauchs könnten Regierungen zunehmend das Naturkapital ihrer Länder gegen kurzfristige Einnahmen und die Unterstützung der Bevölkerung eintauschen.“

DAS MUSTER DURCHBRECHEN

Daraus lassen sich zwei wichtige Erkenntnisse ableiten. Erstens braucht es für ein Vorhaben vom Ausmaß der Energiewende eine globale Perspektive. Angesichts der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) ist es besonders wichtig, die Rolle des Globalen Südens zu berücksichtigen. Die Industrieländer sollten Initiativen zur Energiewende in diesen Ländern finanziell unterstützen. Zweitens ist die Energiewende, ebenso wie Entwicklung, nicht allein eine technische oder wirtschaftliche Herausforderung. Das globale Handelssystem muss neu bewertet und – das ist aus-

PEDRO ALARCÓN
ist Forschungsstipendiat des Global Forum Democracy and Development (GFDD) an der Universität Kapstadt. Er forscht zu Schnittstellen zwischen Klimawandel, Energie und Gesellschaft, besonders in Südafrika, den Andenländern und auf den Philippinen.

pedroalarcon76@gmail.com

CONTRIBUTION-CLAIM-ANSATZ

Wie Unternehmen freiwillig zu globaler Klimagerechtigkeit beitragen können

Kaum ein Unternehmen kann gänzlich klimaneutral arbeiten, weshalb viele europäische Firmen ihre Emissionen über Ausgleichszahlungen kompensieren. Die CO_2-Reduktion findet dann im Globalen Süden statt, wird aber dem Globalen Norden angerechnet. Ist das schon Greenwashing? Diesem Vorwurf sehen sich einige Firmen ausgesetzt. Doch es gibt andere Möglichkeiten, zum Klimaschutz beizutragen.

VON LUKAS KÜSTERS UND KIRSTEN GADE

Foto: RDIS

Verteilung verbesserter Kochvorrichtungen in Ruanda: In Projekte wie dieses fließen die Mittel im Rahmen des Contribution-Claim-Modells.

Die Anteile am Klimawandel sind auf der Welt ungleich verteilt. Während der Globale Norden die meisten klimarelevanten Emissionen verursacht hat, leidet der Globale Süden besonders unter den Folgen. Diese Klimaschuld des Nordens geht einher mit einer ungleichen Kapitalanhäufung: Im Norden konzentrierte sich im Zuge industrieller Expansion Wohlstand, während viele Länder des Südens ökonomisch abhängig blieben.

Klimagerechtigkeit herzustellen bedeutet daher nicht nur, historische Verantwortung anzuerkennen, sondern auch koloniale Kontinuitäten und ungleiche Wohlstandsverhältnisse abzubauen. Zwar ist das Ziel insbesondere aus Sicht vieler Vertreter*innen des Globalen Südens noch in weiter Ferne, immerhin aber haben sich die meisten Länder im Rahmen des Pariser Abkommens von 2015 verpflichtet, ihre national festgelegten Klimabeiträge (Nationally Determined Contributions – NDCs) kontinuierlich zu erhöhen.

In die Berechnung fließen auch die Maßnahmen nichtstaatlicher Akteure ein. Neben dem Handel mit Emissionszertifikaten, der in der EU etwa für große, energieintensive Industrieanlagen verpflichtend ist, verringern auch viele Unternehmen ihre Emissionen freiwillig. Insbesondere dort, wo dies nur schwer möglich ist, greifen sie zudem auf Ausgleichszahlungen zurück, etwa um klimafreundliche Projekte im Globalen Süden zu finanzieren. Die so finanzierten Emissionsreduktionen fließen dabei jedoch oft in die Bilanz der jeweiligen Unternehmen ein, verbleiben also im Globalen Norden. Wenn Unternehmen Emissionen durch Zahlungen kompensieren, anstatt sie direkt selbst einzusparen, obgleich Letzteres gut möglich wäre, sehen sie sich zudem bisweilen mit dem Vorwurf des Greenwashings konfrontiert.

KLIMASCHUTZ AUSSERHALB DER WERTSCHÖPFUNGSKETTE FÖRDERN

Der Contribution-Claim-Ansatz ist ein alternatives Modell zur CO_2-Kompensation, mit dem Unternehmen des Globalen Nordens den globalen Klimaschutz außerhalb der eigenen Wertschöpfungskette fördern können. Auch hier kommen sie mit einem finanziellen Beitrag für ihre eigenen Emissionen auf. Der wesentliche Unterschied: Die Unternehmen setzen den Preis für die von ihnen ausgestoßenen Emissionen selbst fest, berichten ihn transparent und lassen sich die Reduktionen nicht auf ihre eigene Klimabilanz anrechnen. Dies hat zur Folge, dass die Reduktionen den Ländern angerechnet werden können, in denen die Projekte zur Emissionseinsparung stattfinden. Es profitieren also Länder des Globalen Südens.

Zu den Finanzierungsmöglichkeiten von Unternehmen im Rahmen des Contribution-Claim-Modells zählen die folgenden drei Optionen (Kreibich et al. 2024):

1) Unternehmen können CO_2-Zertifikate von Klimaschutzprojekten des freiwilligen Kohlenstoffmarkts kaufen. So stellen sie die Durchführung der Projekte sicher.

2) Sie können in einen Fonds einzahlen, der als Fördertopf für Klimaschutzmaßnahmen dient und keine Rendite an die Unternehmen auszahlt.

3) Sie können eigene Klimaschutzmaßnahmen und -projekte direkt finanzieren. Diese Projekte müssten intern und gegebenenfalls auch extern überprüft werden.

Die Finanzierungsoptionen können jeweils einzeln oder in Kombination genutzt werden.

> „Da der Contribution-Claim-Ansatz die Unterstützung der Geldgeber von deren Emissionsbilanz trennt, werden Doppelzählungen und Greenwashing-Strategien verhindert."

VORTEILE DES CONTRIBUTION-CLAIM-MODELLS

Da der Contribution-Claim-Ansatz die Unterstützung der Unternehmen von deren Emissionsbilanz trennt, werden Doppelzählungen und Greenwashing-Strategien verhindert. Dies bedeutet für die Unternehmen eine rechtliche Absicherung und stärkt zudem das Vertrauen der Kundschaft in die Emissionsminderungen. Letzteres gilt insbesondere dann, wenn die Mittel in wissenschaftlich fundierte, hochwertige Projekte zur Emissionsminderung fließen und wenn die Unternehmen den von ihnen selbst festgesetzten Preis transparent kommunizieren und begründen.

Unternehmen, die den Contribution-Claim-Ansatz verfolgen, zahlen damit zwar nicht auf ihre eigene Klimabilanz ein, können aber für sich beanspruchen, zur globalen Klimaneutralität beizutragen, indem sie helfen, Emissionen

im Globalen Süden einzusparen und die Einsparungen den Bilanzen dieser Länder zugutekommen zu lassen. Somit leisten sie einen Beitrag zu globaler Klimagerechtigkeit – ein sinnstiftendes Moment, das sich positiv auf die Mitarbeitendenbindung und das Image der Unternehmen auswirken kann.

Die gemeinnützige Klima-Kollekte und zivilgesellschaftliche Organisationen wie Brot für die Welt setzen den Contribution-Claim-Ansatz bereits um. Unternehmen können über sie Klimaschutzprojekte finanzieren, die extern überprüft sowohl Emissionen reduzieren als auch soziale und wirtschaftliche Entwicklung fördern. Diese Projekte verbessern die Lebensbedingungen vor Ort mit relativ geringen Mitteln teils erheblich, wie ein Beispiel aus dem Süden Ruandas zeigt. Dort werden ländliche Gemeinschaften mit energieeffizienten Kochherden ausgerüstet. Dies reduziert sowohl CO_2-Emissionen als auch die gesundheitliche Belastung durch schädliche Gase. Es wirkt der Abholzung entgegen, schafft Arbeitsplätze und erspart den Menschen vor Ort auch Zeit, die sie sonst auf der Suche nach Brennholz verbringen müssten.

LINK

Kreibich, N. et al., 2024: Ein Leitfaden für die Umsetzung des Contribution Claim-Modells. Wuppertal Institut, Stiftung Allianz für Entwicklung und Klima. *allianz-entwicklung-klima.de/wp-content/uploads/2024/09/2409_Leitfaden_Contribution-Claim-Modell.pdf*

LUKAS KÜSTERS
arbeitete bis Juni 2025 als Referent für CO_2-Bilanzierung und Beratung bei der Klima-Kollekte.

lukaskuesters@gmx.de

KIRSTEN GADE
ist bei Brot für die Welt die Ansprechpartnerin für die Finanzierung von zertifizierten Klimaschutzprogrammen zur Förderung von Klimagerechtigkeit.

kirsten.gade@brot-fuer-die-welt.de

Folgen Sie uns auf LinkedIn!

SIE FINDEN UNS UNTER
linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation

Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website *dandc.eu* hin.

WAHLEN

Hunger, Benzin und Arbeitslosigkeit

Dieser Artikel vermittelt einen Eindruck von der Stimmung in Malawi im Umfeld der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, die am 16. September stattfanden. Zum Zeitpunkt des Verfassens des Beitrags stand der Sieger noch nicht fest. Mittlerweile ist klar, dass der frühere Amtsinhaber Peter Mutharika sich im Rennen gegen den amtierenden Präsidenten Lazarus Chakwera durchgesetzt hat.

VON LAMECK MASINA

Es ist neun Uhr morgens, und die 34-jährige Händlerin Bertha Kamanga sortiert Tomaten an einem Holzstand auf dem Ndirande-Markt in Malawis Wirtschaftsmetropole Blantyre. Während sie mit einem Kunden verhandelt, kommt sie auf Politik zu sprechen.

„Das Leben ist heute härter als früher. Alle Politiker versprechen jetzt niedrigere Preise. Aber schauen Sie sich um", sagt sie und deutet auf Körbe mit faulenden Tomaten. „Das Geschäft läuft schlecht, weil die Leute kein Geld zum Einkaufen haben."

Diskussionen über Politik und deren Einfluss auf das tägliche Leben dominieren derzeit die Gespräche im ganzen Land. Die Parlamentswahl am 16. September 2025 betrachten viele als Test für das Vertrauen der Öffentlichkeit. Wo-

chenlang hatten die Politiker*innen ihre Wahlkampagnen vor dem Hintergrund hoher Inflation, Ernährungsunsicherheit und Treibstoffknappheit geführt.

TREIBSTOFFMANGEL UND LANDWIRTSCHAFT SIND ZENTRALE THEMEN

In den ländlichen Regionen treibt viele Bauern und Bäuerinnen etwa der Anstieg der Düngemittelpreise um. „Anfang vergangenen Jahres kostete ein 50-Kilo-Sack etwa 90.000 Malawi-Kwacha (rund 52 Dollar)", sagt Kleinbäuerin Agnes Liwanda aus dem Distrikt Kasungu. „Jetzt sind es fast 150.000 Kwacha (86 Dollar). Wir wissen nicht, ob die Politiker daran etwas ändern werden. Sie versprechen viel im Wahlkampf, aber nach der Wahl sind wir wieder auf uns allein gestellt."

Die Landwirtschaft ist das Rückgrat der malawischen Wirtschaft: Sie beschäftigt über 80% der Bevölkerung und macht rund ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts aus. Doch gestiegene Düngemittelpreise und unregelmäßige Regenfälle sorgten 2024 dafür, dass 5,7 Millionen Menschen nicht genug Nahrung hatten. Ein erster Erntebericht für dieses Jahr prognostiziert einen Rückgang der Maisproduktion um 20% im Vergleich zum Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre. Die Landwirtschaft wurde zu einem zentralen Wahlkampfthema.

In den Städten bestimmen Benzinpreise und -engpässe die Gespräche. Taxifahrer Lackson Nkhata macht sich Sorgen: „Ein Liter Benzin kostet derzeit 2530 Kwacha (1,46 Dollar). Auch letztes Jahr waren die Preise bereits hoch, aber wenigstens kamen wir noch voran. Jetzt sind die Schlangen lang, und manchmal gibt es gar kein Benzin."

Seit 2023 leidet Malawi unter wiederkehrenden Treibstoffengpässen, ausgelöst durch einen Mangel an Devisen. Die Krise zwingt Autofahrer*innen dazu, nachts in Schlangen auszuharren – was sowohl Unternehmen als auch Pendler*innen schadet.

HOHE PREISE, HOHE JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

Auch am Arbeitsplatz beklagen viele die unerfüllten Versprechen der Wahl von 2020, bei der Präsident Lazarus Chakwera ins Amt kam. „Damals wurde uns versprochen, dass Stromausfälle beendet, Jobs geschaffen und Preise gesenkt werden", sagt Clementina Mwale, Sekretärin in einem Fertigungsbetrieb in Blantyre. „Doch noch immer wird gelegentlich der Strom abgestellt, während die Lebensmittelpreise weiter steigen."

Die malawische Zentralbank hat die durchschnittliche Inflationsrate für 2025 auf 28,5% nach oben korrigiert. Ein 50-Kilo-Sack Mais – das Grundnahrungsmittel des Landes – kostet inzwischen fast 85.000 Kwacha (49 Dollar) und damit etwa dreimal so viel wie vor zwei Jahren.

An der Universität von Malawi diskutieren Studierende, ob die Wahl ihre Zukunftschancen verbessern kann. „Wir schließen unser Studium ab, aber es gibt kaum Jobs. Die Jugendarbeitslosigkeit ist extrem hoch", sagt der Wirtschaftsstudent Chisomo Nyondo. „In den Wahlkampagnen ist viel von Unternehmertum die Rede, aber ohne Startkapital und mit einer schwachen Wirtschaft klingt das nach leeren Worten."

VERÄNDERUNG BRAUCHT ZEIT

Die wichtigsten politischen Lager Malawis, darunter die regierende Malawi Congress Party unter Präsident Chakwera, das United Transformation Movement des früheren Chefs der Reserve Bank, Dalitso Kabambe, und die oppositionelle Democratic Progressive Party von Ex-Präsident Peter Mutharika, haben in ihren Wahlprogrammen schnelle wirtschaftliche Verbesserungen versprochen. Doch Ökonom Adam Chikapa sagt, Malawi sollte keinen Wandel über Nacht erwarten. „Der Kwacha hat seit 2022 fast die Hälfte seines Wertes verloren, wodurch Importe teurer geworden sind. Die Auslandsschulden sind hoch, das belastet den Staatshaushalt. Wer auch immer die Wahl gewinnt, wird harte Entscheidungen treffen müssen: entweder Reformen durchsetzen, die kurzfristig schmerzen, oder kurzfristige Subventionen fortsetzen, die das Budget weiter strapazieren."

Auf dem Markt von Ndirande bringt Händlerin Maria Samu, die Secondhandkleidung verkauft, die Stimmung vieler Wähler*innen auf den Punkt: „Wir haben genug von leeren Versprechen. Aber vielleicht wird diesmal jemand etwas bewegen, wer auch immer gewinnen wird."

LAMECK MASINA
ist freiberuflicher Journalist mit Sitz in Blantyre, Malawi.

lameckm71@gmail.com

In der Fremde zurecht-kommen

„Syrian Migration #48“ aus der Serie „Syrian Migration“ von Helen Zughaib (siehe S. 4).

Illustration: Helen Zughaib

UNSERE SICHT

Integration ist Gemeinschaftsaufgabe

*Sowohl Migrant*innen als auch Aufnahmegesellschaften müssen ihren Teil beitragen, damit am Ende alle profitieren. Statt den Migrationsdiskurs in Richtung Angst und Ausgrenzung kippen zu lassen, sollten wir mehr darüber reden, wie Integration gelingt.*

VON JÖRG DÖBEREINER

Internationale Migration ist die große Ausnahme. Das mag überraschend klingen angesichts der Lautstärke der Debatte in vielen Teilen der Welt. Aber mehr als 96 Prozent der Weltbevölkerung leben laut Internationaler Organisation für Migration (IOM) in ihrem Geburtsland. Der Großteil der internationalen Migration geschieht zudem sicher und regulär. Meistens handelt es sich um Menschen, die in einem anderen Land Arbeit finden möchten.

Andere müssen fliehen – vor bewaffneten Konflikten, aber auch vor Naturkatastrophen wie Fluten oder Dürren, befördert durch die Klimakrise. Ihre Zahl ist zuletzt Jahr für Jahr gewachsen, von knapp 88 Millionen im Jahr 2020 auf etwa 130 Millionen im Jahr 2024, wie das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR berichtet. Knapp die Hälfte sind Binnenvertriebene.

Wenn Migrant*innen in einer Aufnahmegesellschaft Arbeit finden, Steuern zahlen und am sozialen Leben teilhaben, profitieren alle. Integration ist aber auch Aufgabe aller: Sowohl Migrant*innen als auch Aufnahmegesellschaften müssen ihren Teil dazu beitragen. Wer neu ankommt, benötigt Zugang zu grundlegender Infrastruktur wie Wohnraum, Gesundheitsversorgung und Arbeit. Oft ist zunächst besondere Unterstützung nötig, etwa wenn Geflüchtete Traumata verarbeiten müssen. Bei alldem sollten Staat und Bürger*innen Ankommenden unter die Arme greifen.

Damit Integration gelingt, müssen natürlich auch die Migrant*innen bereit sein, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Statistische Erhebungen in Deutschland zeigen für Geflüchtete, dass dies bei den meisten der Fall ist: Acht Jahre nach ihrem Zuzug haben es mehr als zwei Drittel in die Erwerbstätigkeit geschafft – und das, obwohl sie sich aufgrund der persönlichen Folgen von Krieg und Verfolgung häufig langsamer in den Arbeitsmarkt integrieren als andere Migrant*innen.

Wie sehr sich Investitionen in Integration lohnen können, belegen unzählige Beispiele. Eines der prominentesten aus Deutschland ist das der BioNTech-Pioniere Uğur Şahin und Özlem Türeci, die als Kinder aus der Türkei migriert sind. Nicht nur in Deutschland würden ohne Arbeitskräfte mit Einwanderungsgeschichte ganze Branchen in sich zusammenbrechen, etwa in den Bereichen Pflege, Bau, Verkehr und Gastronomie.

DIE MIGRATIONSDEBATTE KIPPT

Konservativen bis rechtsextremen Kräften in Europa, Nordamerika und anderswo ist es aber zuletzt gelungen, die Debatte zu verschieben – in Richtung Ablehnung, Ausgrenzung und Angst. Das beeinflusst nicht nur Integration negativ, sondern sogar Asylentscheidungen. Für Deutschland hat eine Studie gezeigt: In Regionen, in denen die Bevölkerung skeptisch gegenüber der Einwanderung von Ausländer*innen eingestellt ist, ist deren individuelle Chance geringer, Asylschutz zu erhalten. Das ist inakzeptabel. Schutzentscheidungen sollten von der Situation im Herkunftsland und der Glaubwürdigkeit des Antrags abhängen.

Wird Migration vor allem als Problem begriffen und nicht als Chance, schadet das nicht nur den Migrant*innen, sondern auch den Aufnahmegesellschaften. Insbesondere alternde Volkswirtschaften wie die deutsche sind auf Zuwanderung angewiesen, um Wohlstand zu sichern. Wir brauchen also weniger Angst und Ressentiments in der Migrationsdebatte und stattdessen mehr Verständigung darüber, wie Integration wirklich gelingt.

JÖRG DÖBEREINER
ist Chef vom Dienst von E+Z.
euz.editor@dandc.eu

HTOO MYAT KHIN

war Reiseleiterin in Myanmar. Heute arbeitet sie als Pflegefachkraft am Universitätsklinikum Marburg.

euz.editor@dandc.eu

Foto: Htoo Myat Khin

„Die Unterstützung im Gastland ist wichtig“

Pflegefachkräfte werden in Deutschland dringend gesucht. Htoo Myat Khin aus Myanmar wurde am Universitätsklinikum Marburg dafür ausgebildet. Sie hat durch das Integrationsprogramm viel Unterstützung erfahren. Andernfalls, sagt sie, hätte sie es schwer gehabt. Sie sprach mit Eva-Maria Verfürth.

Wann und wie sind Sie nach Deutschland gekommen?

Ich bin 2022 aus Myanmar nach Marburg gekommen. Zusammen mit 22 anderen Kolleg*innen wurde ich für ein pflegerisches Integrationsprojekt am Universitätsklinikum Marburg ausgewählt. Es handelt sich um ein Pilotprojekt des Klinikums, das für uns Teilnehmende kostenfrei ist – wir bekommen den Deutschkurs, die Ausbildung und die Unterkunft bezahlt. Vorkenntnisse in der Pflege waren nicht erforderlich, allerdings mussten wir in Myanmar mehrere Vorstellungsgespräche absolvieren. Mittlerweile haben fast alle von uns die Ausbildung abgeschlossen und trotz der Sprachbarriere überwiegend gute Noten erhalten.

Es war sicher keine einfache Entscheidung, aus Myanmar wegzugehen. Wieso haben Sie Ihr Heimatland verlassen?
Ich habe in Myanmar als Reiseleiterin gearbeitet und war deshalb auch schon vorher einige Male in Deutschland. Frühere Reiseteilnehmer*innen hatten mich eingeladen, sie in Berlin und Bayern zu besuchen. Doch dann kamen 2020 Corona und 2021 der Militärputsch – die Tourist*innen blieben aus und kamen nicht wieder. Ich war zwei Jahre lang arbeitslos. Zwischendurch habe ich zwar in einer kleinen Digital-Marketing-Firma gearbeitet, in der ich aber sehr wenig verdient habe. Ich wusste nicht, wie lange ich mich noch über Wasser halten könnte. Da habe ich auf Facebook diesen Beitrag gesehen, in dem gefragt wurde, ob man Deutsch lernen und in Deutschland arbeiten möchte – und habe die Gelegenheit ergriffen. Mittlerweile habe ich meine Ausbildung erfolgreich abgeschlossen und arbeite seit Anfang September als Pflegefachkraft in der Hämatologie, Onkologie und Immunologie.

Was ist für Sie die größte Herausforderung in Deutschland?
Am schwierigsten sind die Einsamkeit und das Heimweh. Auch wenn ich hier Freund*innen habe und die Lehrer*innen und Kolleg*innen alle sehr nett sind, macht es mich immer noch traurig, dass meine Familie und Freund*innen nicht da sind. Für die Jüngeren aus unserer Gruppe, die noch nie in Deutschland waren, waren die Herausforderungen am Anfang größer. Da kamen auch die Kultur, das Essen und das Wetter dazu. Inzwischen sind sie aber sehr zufrieden hier. Einige haben neue Partner gefunden und einen sicheren Job. Die meisten wollen in Deutschland bleiben. Ich wollte zwar möglichst bald nach Myanmar zurück, aber aufgrund der aktuellen politischen Situation ist das zu unsicher. Ich werde also sicher noch ein paar Jahre in Deutschland bleiben.

„Am schwierigsten sind die Einsamkeit und das Heimweh.“

Was oder wer hat Ihnen beim Ankommen geholfen?
Die Ausbilder*innen haben uns geholfen, sie waren immer hilfsbereit, und wir durften sie jederzeit anrufen. Auch die Praxisanleiter*innen im Krankenhaus haben uns sehr unterstützt. Ohne diese Leute hätten wir es nicht geschafft, die Ausbildung abzuschließen und uns etwas aufzubauen. Jetzt fühle ich mich gut angekommen. Die Gruppe aus Myanmar, mit der ich hierhergekommen bin, ist mir bis heute wie eine zweite Familie. Ich habe ein Einkommen, das für mich ausreicht. Ich gehe ins Fitnessstudio, ins Kino, oder wir feiern abends. Nur meine Familie fehlt mir. Aber ich versuche, einmal im Jahr nach Hause zu fliegen.

Was braucht es, damit man in Deutschland gut ankommen kann?
Die Unterstützung und Gastfreundschaft der Deutschen sind wichtig, damit wir uns wohlfühlen und mehr Selbstvertrauen gewinnen. Manchmal ist es für uns schwierig, und wir fühlen uns klein. In unserem Fall haben die Ausbildenden uns geholfen und unser Selbstvertrauen gestärkt. Diskriminierung hingegen haben wir selten erlebt. Ich denke aber auch, dass man es sich selbst einfacher machen kann, wenn man sich bemüht und an sich arbeitet – und zum Beispiel die Sprache gut lernt.

„Die Möglichkeiten, die sich mir hier bieten, wiegen die Schwierigkeiten auf“

Boniface Mwangi ist einer von vielen Menschen, die ihre Heimat verlassen haben, weil sie dort keine beruflichen Perspektiven mehr sehen. Der kenianische Bauingenieur kam vor einigen Monaten nach Deutschland und sprach mit Katharina Wilhelm Otieno.

BONIFACE MWANGI

ist Bauingenieur aus Kenia und arbeitet derzeit bei einem Hausmeister- und Gartendienst in Pirmasens.

info@bonipfalz.de

Foto: Rawtime

Wer sind Sie und woher kommen Sie?
Mein Name ist Boniface Mwangi. Ich komme aus Kenia, genauer gesagt aus dem County Kiambu. Ich bin Bauingenieur von Beruf.

Warum sind Sie nach Deutschland gekommen?
Ich bin wegen der Arbeit hergekommen. In Kenia gibt es zwar Jobs für Bauingenieure, aber sie sind oft schlecht bezahlt – manchmal reicht es nicht einmal zum Überleben. Ich habe außerdem unter anderem oft für Projekte der US-Entwicklungsbehörde USAID gearbeitet. Als sich deren Rückzug abzeichnete, begannen schon frühzeitig Entlassungen – lange bevor sie endgültig ihre Arbeit einstellte. Davon war ich natürlich auch betroffen.

Wie lief der Prozess ab, nach Deutschland zu kommen?
Ein enger Freund von mir, mein bester Freund aus Kenia, war nach Deutschland gegangen. Er erzählte mir von seinen Erfahrungen – das hat mich neugierig gemacht. Er stellte dann den Kontakt zu einem Bekannten her, der später mein Arbeitgeber wurde. Dieser Bekannte, jetzt mein Chef, hat alles organisiert: die Stelle, das Visum, die Anträge, den Flug und auch die Termine bei der Botschaft. Er hat das alles möglich gemacht.

Was sind die größten Schwierigkeiten für Sie in Deutschland?
Die größte Herausforderung ist, fern der Heimat zu sein und sich auf völlig neue Lebensumstände einzustellen. Ich musste mich auch mit dem auseinandersetzen, was ich in Kenia zurückgelassen habe, insbesondere meine Familie, meine Mutter und meine Tochter. Aber die Möglichkeiten, die sich mir hier bieten, wiegen das auf.

Herausfordernd ist auch, zwischen den beiden Welten zu manövrieren – sie sind wirklich sehr unterschiedlich. Die Sprache ist ein Hindernis, besonders in der ländlichen Umgebung im Südwesten Deutschlands, in der ich jetzt lebe und in der kaum jemand Englisch spricht. Auch das Wetter macht mir zu schaffen – besonders der Winter macht mir Angst.

Die direkte Kommunikation in Deutschland ist für mich auch gewöhnungsbedürftig. In Kenia ist man eher indirekt. In Deutschland sagt man sehr direkt, was man denkt – das kann für jemanden mit meiner Sozialisation schnell respektlos wirken. Aber ich lerne: Es ist einfach die Art, wie hier miteinander gesprochen wird.

Wer oder was hat Ihnen in den ersten Wochen geholfen?
Die Verwandten meines kenianischen Freundes sowie Menschen aus seinem Umfeld helfen mir sehr. Und besonders der Mann, der jetzt mein Chef ist – er hat sich wirklich sehr für mich eingesetzt. Ich kann all diese Menschen jederzeit etwas fragen, sie sind immer da. Ich habe das Gefühl, dass ich hier bereits ein kleines soziales Netz habe.

Fühlen Sie sich inzwischen angekommen, fühlen Sie sich zu Hause?
Zum Teil ja – ich fühle mich schon angekommen. Aber es gibt noch Lücken, die ich schließen muss, um mich wirklich zu Hause zu fühlen: die Sprache, ein Führerschein, solche Dinge. Und es wäre natürlich alles viel besser, wenn meine Familie hier wäre. Es belastet mich sehr, dass ich meine Tochter nicht sehen kann.

Außerdem ist noch unklar, wie lange ich bleiben kann – das sorgt für Unsicherheit. Mein Ziel ist es natürlich, längerfristig hierzubleiben. Ich plane zurzeit nicht, dauerhaft nach Kenia zurückzugehen – höchstens mal als Tourist.

„Herausfordernd ist auch, zwischen den beiden Welten zu manövrieren – sie sind wirklich sehr unterschiedlich.“

ANTONIA KONARSKA
aus der Ukraine lebt in Frankfurt und arbeitet ehrenamtlich unter anderem im MädchenbüroMilena. Milena ist eine Bildungs- und Integrationseinrichtung für Mädchen, Frauen und ihre Familien.

euz.editor@dandc.eu

Foto: privat

„Jeden Tag musste ich mich überwinden, kleine Schritte zu tun“

Mit über 50 Jahren noch einmal ganz von vorne zu beginnen, war für Antonia Konarska nicht leicht. 2022 floh sie mit ihrem Sohn vor dem Krieg in der Ukraine nach Frankfurt. Hier engagiert sie sich ehrenamtlich – unter anderem für andere Geflüchtete. Sie sprach mit Maneesorn Koldehofe.

Wann und wie sind Sie nach Deutschland gekommen?
Ich komme aus Kiew in der Ukraine. Ich war 53 Jahre alt, als ich 2022 mit meinem 17-jährigen Sohn nach Deutschland gekommen bin. Wir haben unsere Heimatstadt wegen des Krieges verlassen und suchten Sicherheit und Stabilität. Alles noch einmal neu anzufangen, war für mich eine große Herausforderung.

„Die Anpassung an ein neues Land ist nie einfach, besonders nicht mit über 50 Jahren.“

Was war für Sie in Deutschland am schwierigsten?
Die Anpassung an ein neues Land ist nie einfach, besonders nicht mit über 50 Jahren. Zu den größten Hürden zählten die Sprache, ohne die Kommunikation schwierig ist und die man braucht, um mit der Bürokratie zurechtzukommen. Hinzu kamen Einsamkeit und das Gefühl, alles noch einmal von Grund auf beginnen zu müssen. Wir mussten uns an neue Regeln, Systeme und kulturelle Unterschiede gewöhnen. Jeden Tag musste ich mich überwinden, kleine Schritte zu tun, die anderen einfach erscheinen mögen, für mich aber echte Herausforderungen waren.

Was oder wer hat Ihnen beim Ankommen geholfen?
Mir haben Deutschkurse geholfen und die freundlichen Menschen, die ich getroffen habe. Auch mein Sohn ist eine große Unterstützung. Wir meistern die Herausforderungen gemeinsam. Besonders wichtig sind für mich meine Tätigkeiten. Ich arbeite als Freiwillige in der Cafeteria eines Seniorenheims als Barista. Im MädchenbüroMilena in Frankfurt engagiere ich mich ebenfalls als Freiwillige und nehme an den täglichen Deutschkursen teil. Dafür bin ich dem Team des Büros sehr dankbar. Die Tätigkeiten geben mir das Gefühl, gebraucht zu werden, stärken mein Selbstvertrauen und helfen mir, mich schneller in die Gesellschaft zu integrieren.

Fühlen Sie sich in Deutschland angekommen?
Ich fühle, dass ich langsam in Deutschland ankomme, aber der Integrationsprozess braucht Zeit, Geduld und Einsatz. Ich habe eine Unterkunft, lerne jeden Tag Deutsch und sammle Erfahrungen durch meine Arbeit und mein ehrenamtliches Engagement. In meinem Alter fallen einem die Dinge nicht leicht, aber genau das macht jeden Fortschritt wertvoll. Um mich vollständig zu Hause zu fühlen, möchte ich die deutsche Sprache noch besser verstehen lernen und eine feste Arbeit finden. Eine Rückkehr in die Ukraine ist derzeit kein Ziel. Ich möchte hier zusammen mit meinem Sohn eine Zukunft aufbauen. Er ist heute 20 Jahre alt und arbeitet seit einem Jahr in einem Minijob als Lebensmittellieferant.

„Ich traf Deutsche, die mich nicht nur als Flüchtling sahen“

Nachdem in Syrien der Bürgerkrieg ausgebrochen war, flohen ab 2015 hunderttausende Menschen nach Europa. Auch Mohamad Melli kam damals nach Deutschland. Der Journalist hatte 2010 an den Protesten gegen das Assad-Regime teilgenommen und war einige Male in Haft. Heute lebt und arbeitet er in Rüsselsheim. Für E+Z hat er seine Geschichte aufgeschrieben.

VON MOHAMAD MELLI

Ich komme aus Damaskus, jener Stadt, die seit Jahrhunderten den Duft von Jasmin in ihren warmen Steinen trägt und auf deren Balkonen tausend Geschichten verweilen. Damaskus war für mich nie nur eine Stadt – es war ein Vorbild für das Zusammenleben von Religionen und Ethnien. In ihren Vierteln stehen Kirchen und Moscheen Seite an Seite; Muslim*innen und Christ*innen, Kurd*innen und Araber*innen lebten unter demselben Himmel. Ich glaubte, dass sich das Leben in Damaskus verändern, aber niemals zerbrechen würde. Doch im Jahr 2010 begann der große Bruch.

Das Regime, das uns mit Eisen und Feuer regierte, säte Misstrauen zwischen Nachbarn, wollte Spaltungen zwischen Religionen und Ethnien vertiefen, um seine Macht zu sichern. Es wollte aus Vielfalt eine Last machen. Aber wir stellten uns dagegen. Wir hielten an der Idee fest, dass Syrien allen seinen Kindern gehört – unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Glauben.

HOFFNUNG UND PROTEST WURDEN MIT GEWEHREN ERSCHOSSEN

Als die syrische Revolution begann, hatte ich das Gefühl, dass die Geschichte endlich ein Fenster öffnete, dass die Luft reiner wurde und Freiheit versprach. Ich sah das Leuchten der Hoffnung in den Augen der Menschen. Die Demonstrationen waren die Geschichte einer Generation, die nach Jahrzehnten der Unterdrückung den Kopf erhob. Ich war einer von ihnen – meine Stimme gegen das Unrecht, meine Hände am Banner des Wandels. Doch bald mischte sich der Klang unserer Stimmen mit dem Dröhnen der Gewehre. Die Plätze verwandelten sich in Felder des Todes, Freunde verschwanden in Gefängnissen, ganze Stadtviertel brannten nieder, und der Himmel färbte sich grau wie Asche.

Aufgrund meiner Artikel und der Teilnahme an den Protesten war ich insgesamt etwa ein Jahr in Haft. Diese Zeit war nicht nur eine physische Erfahrung, sondern eine Wunde

in der Seele – unsichtbar, aber ständig blutend. Ich erkannte, dass mein Verbleib meinen langsamen Tod bedeuten würde, und ich traf die schwerste Entscheidung: den Abschied.

ICH DACHTE OFT DARAN, AUFZUGEBEN

Im Jahr 2015 verließ ich Damaskus – mit einer kleinen Tasche, aber einer großen Last an Erinnerungen. Ich ließ das Haus meiner Kindheit zurück, die Gassen meines Viertels, meine Mutter. Von meinen Freund*innen waren einige schon im Exil, andere unter der Erde. Ich kam über die Türkei nach Griechenland mit dem Boot; es war eine sehr schwierige Reise. Unser Boot sank, aber die griechische Küstenwache rettete uns. Danach ging es zu Fuß weiter über Mazedonien (heute Nordmazedonien), Serbien, Ungarn und Österreich, bis ich schließlich Deutschland erreichte – beladen mit dem Lärm des Krieges und der Stille der Friedhöfe, mit einer Mischung aus Angst und Sehnsucht im Herzen.

Der Anfang war hart. Die Sprache erschien wie eine unüberwindbare Mauer, die Gesetze und die Bürokratie wie ein Labyrinth ohne Ausgang. Ich war fremd in den Worten, fremd in den Gesichtern, fremd sogar im Rhythmus der Straßen. Die Einsamkeit war schwerer als mein Gepäck, die Traurigkeit verfolgte mich bis in meine Träume. Depressionen griffen nach mir, und der Gedanke, aufzugeben, kam oft. Ich dachte daran, in den Libanon zu ziehen. Doch tief in mir wusste ich: Einen zweiten Abschied hätte ich nicht geschafft.

> „Ich habe erreicht, was viele ‚Integration' nennen – Sprache, Arbeit, ein sicheres Leben. Für mich ist mein zweites Heimatland nun Deutschland."

IN DEUTSCHLAND FAND ICH EIN STÜCK DAMASKUS

Ich besuchte eine Sprachschule, danach begann die Arbeitssuche, was nicht einfach war, da ich wegen der Sprachbarriere nicht als Journalist arbeiten konnte. Schließlich bewarb ich mich für eine Stelle in der Grundschulbetreuung, wurde angenommen und absolvierte parallell die notwendigen Fortbildungen. In diesem Bereich arbeite ich bis heute.

Mit der Zeit lernte ich, hier zu atmen. Die Sprache wurde eine Brücke, Arbeit gab mir das Gefühl von Wert, und die deutsche Staatsangehörigkeit, die ich 2024 schließlich erhielt, verlieh mir Zugehörigkeit zu einer neuen Heimat. Was mich während meiner Reise gerettet hat, war aber nicht nur die Unterstützung des deutschen Staates, sondern auch die Menschlichkeit der Menschen, denen ich begegnete. Ich traf Deutsche, die mich nicht als Flüchtling sahen, sondern als Menschen mit einer Geschichte, die es wert ist, gehört zu werden. Sie schenkten mir Zeit, Gehör und Herzlichkeit und halfen mir, den Glauben daran zurückzugewinnen, dass das Gute in dieser Welt noch existiert.

Und hier, in Deutschland, fand ich etwas, das mich an das alte Damaskus erinnerte: Vielfalt der Religionen und Ethnien, Zusammenleben auf der Basis von Respekt. Ich sah Kirchen und Moscheen Seite an Seite, Menschen unterschiedlicher Kulturen, die das tägliche Leben miteinander teilen – ohne Angst, ohne Mauern. Was ich in Damaskus verloren hatte, entdeckte ich hier wieder.

JEDER MENSCH HAT ZWEI HEIMATLÄNDER

Ich habe erreicht, was viele „Integration" nennen – Sprache, Arbeit, ein sicheres Leben. Im Zusammenhang mit bedeutsamen archäologischen Funden in Syrien wurde dieser vielzitierte Satz geprägt: „Jeder Mensch hat zwei Heimatländer: sein eigenes und Syrien." Für mich ist mein zweites Heimatland nun Deutschland, während mich mein erstes nie verlassen hat.

Doch dies ist für mich nicht das Ziel, sondern nur ein Etappenschritt. Ich möchte eine Brücke zwischen Damaskus und Deutschland bauen. Ich möchte die deutsche Erfahrung des Wiederaufbaus nach zwei Weltkriegen – in Architektur, Kultur und gesellschaftlichem Zusammenhalt – in die verletzte Erde Syriens tragen. Eine meiner wichtigsten Ideen ist, im deutschen Konsulat in Damaskus einen Saal als Kino und Kulturcafé einzurichten. Dort sollen deutsche Filme über Kultur, Leben und Erfahrungen gezeigt werden,

„Freiheit ist kein Privileg, sondern ein Recht, das mit der Geburt kommt. Menschlichkeit ist kein Slogan, sondern eine tägliche Verpflichtung.“

ebenso wie syrische Filme für das deutsche Publikum, um den kulturellen Austausch zu fördern. Außerdem plane ich ein Programm für Schülerreisen nach Deutschland, um die Sprache zu lernen und die Gesellschaft kennenzulernen. Doch diese Visionen brauchen offizielle Unterstützung. Es braucht die vollständige Wiedereröffnung der deutschen Botschaft in Damaskus, damit Projekte für kulturellen und sozialen Austausch Wirklichkeit werden können.

Was eine Rückkehr nach Syrien betrifft, denke ich eher an eine teilweise Rückkehr – zum Beispiel vier Monate in Damaskus und vier Monate in Deutschland. Aber eine dauerhafte Rückkehr kann ich mir nicht vorstellen, denn Deutschland bedeutet mir sehr viel. Ich habe hier Freund*innen und wichtige Menschen, die ein fester Teil meines Lebens geworden sind.

Freiheit ist kein Privileg, sondern ein Recht, das mit der Geburt kommt. Menschlichkeit ist kein Slogan, sondern eine tägliche Verpflichtung. Solange ich atme, werde ich daran arbeiten, Schmerz in Kraft, Verlust in Antrieb und Fremdheit in eine Brücke zwischen Ländern und Herzen zu verwandeln.

Foto: Mohamad Melli

MOHAMAD MELLI

ist ein Journalist aus Syrien. Heute lebt er in Rüsselsheim und arbeitet als Betreuer an einer Grundschule.

euz.editor@dandc.eu

Foto: James George

Blick über Chukudum, den Geburtsort der Zwillinge.

NEUANFÄNGE

Zwei Schwestern, zwei Wege

Als Zwillinge hineingeboren in den Unabhängigkeitskampf Südsudans, leben Anna und Lily Nadai mittlerweile knapp 12.000 Kilometer voneinander entfernt. Ihre Geschichte ist voller Umbrüche und Neuanfänge. Sie erzählt davon, wie Lebenswege identisch beginnen und durch globale Verwerfungen doch völlig unterschiedlich verlaufen können — und wie es Menschen gelingt, sich damit zu arrangieren.

VON KATHARINA WILHELM OTIENO

Vier Jahre ist es jetzt her, dass sich Anna und Lily Nadai das letzte Mal gesehen haben. Anna brachte ihre Schwester an den Flughafen in Nairobi, und dann hob der Flieger mit Lily in Richtung New York ab. „Das waren sehr gemischte Gefühle“, erinnert sich Anna. „Ich war traurig, weil wir noch nie wirklich getrennt waren, aber auch glücklich für sie und die Möglichkeiten, die sich ihr ab jetzt bieten würden.“

Heute telefonieren die beiden Schwestern täglich gegen den Trennungsschmerz, doch an ein Wiedersehen ist unter der aktuellen amerikanischen Regierung kaum zu denken. Bereits vor Donald Trumps Amtsantritt scheiterten sämtliche Versuche von Lily, Anna zu sich in die USA zu holen. Lilys Visum mit einer Ausreise aufs Spiel zu setzen, wollen die beiden allerdings nicht wagen. So bleibt sie sämtlichen Familienfeiern fern, die ein Wiedersehen ermöglicht hätten.

Zum ersten Mal sehen sich die beiden wohl direkt nach ihrer Geburt: Die zweieiigen Zwillinge kommen 1997 in der Kleinstadt Chukudum im heutigen Südsudan zur Welt. Anna ist zwei Stunden älter als Lily. Ihre Mutter ist die vierte Frau von Joseph Nadai, Oberhaupt der ethnischen Gruppe der Didinga und bekannter Unabhängigkeitskämpfer. Die Zwillinge haben einen weiteren Bruder und rund 30 Halbgeschwister.

In der Region, die damals politisch noch zu Sudan gehörte, herrscht seit 1983 der sogenannte Zweite Bürgerkrieg. Die SPLA (Sudanese People's Liberation Army) kämpfte gegen Truppen der sudanesischen Zentralregierung. Das hatte historische Gründe: Im Jahr 1947 beschlossen Nordsudan und die Kolonialmacht Großbritannien, dass ersterem nach der Unabhängigkeit auch die Provinzen Südsudans zugesprochen werden würden. Südsudan war an dieser Entscheidung nicht beteiligt, und sie zog jahrzehntelange Kämpfe um mehr politische Teilhabe, Ressourcen und schließlich die Unabhängigkeit des Südens nach sich.

Friedensverhandlungen münden 2005 in der autonomen Region Südsudan. Echter Frieden hat die darauffolgende Unabhängigkeit dem jungen Land allerdings bis heute nicht gebracht: Immer wieder gibt es gewaltsame Zusammenstöße zwischen ethnischen Gruppierungen oder staatlichen Sicherheitskräften und Rebellenmilizen.

In den Bürgerkriegen Sudans sterben schätzungsweise 2,5 Millionen Menschen, etwa 4 Millionen werden vertrieben. Auch die Eltern der Zwillinge überleben diese Zeit nicht. Ihr Vater fällt 1999 einem politischen Mord zum Opfer. Im selben Jahr stirbt ihre Mutter, getötet von einer Landmine.

FLUCHT IN DER NACHT

Um Lily und Anna entbrennt ein Streit zwischen den Familien der Mutter und des Vaters. Der Vater hatte den Brautpreis für seine vierte Frau noch nicht vollends abbezahlt, und ein Teil der Familie mütterlicherseits erhofft sich, die Zwillinge später verheiraten zu können, um Kompensation zu erhalten. Dann kommt alles anders.

„Dass im Waisenhaus mehr oder minder alle Kinder entwurzelt waren, habe ihre Integration und den generellen Zusammenhalt über ethnische Grenzen hinweg immens gefördert."

Viele von Annas und Lilys Halbbrüdern waren bereits zu Fuß nach Kenia geflohen. Sie drängten darauf, die beiden Schwestern nachzuholen. Nachts, im Geheimen, werden die Zwillinge über die Grenze nach Kenia geschleust – unter Mithilfe der bayerischen Nonne und Missionarin Luise Radlmeier, die während des Krieges in der Region tätig war.

Anna und Lily gelangen ins grenznahe, berüchtigte Flüchtlingslager Kakuma in Kenia. Es ist eines der größten weltweit. Aktuell leben hier rund 300.000 Geflüchtete, viele seit nunmehr 20 Jahren, darunter auch manche Verwandte und Freunde der Zwillinge.

UNTER DEM SCHUTZ DER DOMINIKANERINNEN

Auch für Anna und Lily hätte Kakuma die Endstation sein können, doch Luise Radlmeier holt die beiden inzwischen Achtjährigen nach nur einem Monat nach Juja, einer Stadt in der Metropolregion Nairobi. Dort leitet sie mittlerweile eine Niederlassung des Dominikanerordens und setzt sich weiter für südsudanesische und andere Kriegsflüchtlinge ein. Sie bringt die Zwillinge in einem Waisenhaus der Dominikanerinnen unter und stellt sicher, dass sie zur Schule gehen können.

Zu Beginn fällt es den beiden Kindern schwer, sich in dem fremden Land zurechtzufinden. Sie sprachen nur Didinga, die Sprache ihrer ethnischen Gruppe. Mit der Zeit lernen sie die kenianischen Amtssprachen Englisch und Kiswahili. Dass im Waisenhaus mehr oder minder alle Kinder entwurzelt waren, habe ihre Integration und den generellen Zusammenhalt über ethnische Grenzen hinweg immens gefördert, sagen die Zwillinge rückblickend. Bis heute sind die „Waisenhaus-Geschwister" füreinander wichtige Bezugspersonen.

Die beiden berichten, sie hätten in der Schule bisweilen Rassismus oder Diskriminierung erfahren, aufgrund ihrer Herkunft und sehr dunklen Hautfarbe. Diese Erfahrungen hätten sich aber in Grenzen gehalten. In der multiethnischen Gesellschaft Kenias – hier leben Geflüchtete oder Migrant*innen aus Burundi, Somalia, Eritrea, Nigeria und anderen Ländern – sei jeder von Zeit zu Zeit fremd, meint Anna.

AUF EIGENEN BEINEN

Mit 20 ziehen die Schwestern aus dem Waisenhaus in eine eigene kleine Wohnung. Unterstützt von den Dominikanerinnen – die immer mal wieder verschiedene Pat*innen aus dem Westen für die Kinder in ihrer Obhut finden – und ihrer großen Familie gelingt es ihnen, zu studieren: Anna macht ihr Diplom in Kommunikationswissenschaften, Lily ihres in Öffentlichkeitsarbeit. In Kenia ist ein Diplom eine – günstigere – Vorstufe zum Bachelorabschluss.

Wie viele andere Absolvent*innen finden sie in ihren Fachgebieten zunächst keine Arbeit. Auch wenn die Gesellschaftsstruktur Kenias es Menschen verschiedener Herkunft grundsätzlich eher leicht macht, sich zu integrieren, werden auf dem hart umkämpften Arbeitsmarkt kenianische Staatsangehörige bevorzugt.

Anna und Lily halten sich mit verschiedenen Jobs über Wasser, helfen etwa Freunden in einem Klamottenladen aus, verkaufen selbst Secondhand-Kleidung online und arbeiten als Trainerinnen in einem Jugendprojekt. Anna führt eine Weile eine Bar in Juja für ihren Bruder; Lily modelt zeitweise.

Als die Covid-19-Pandemie die kenianische Wirtschaft trifft, kommen die Gelegenheitsjobs der Zwillinge zum Erliegen. Die beiden ziehen häufig um, immer gemeinsam, von einer kleinen Einzimmerwohnung in die nächste, je nach Mietlage. Beide möchten einen Bachelorabschluss machen, doch ihnen fehlt die Finanzierung. In verzweifelten Momenten spielen sie mit dem Gedanken, nach Südsudan zurückzukehren, in der Hoffnung, dort als Staatsbürgerinnen einfacher einen festen Job zu finden.

GETRENNTE WEGE

Dann wendete sich das Blatt schlagartig für eine der beiden. Lily fand einen Partner, ebenfalls aus Südsudan, der in den USA lebte. Es gelang ihr, 2021 ein Visum zu erhalten, und die beiden Schwestern mussten sich zum ersten Mal in ihrem Leben für längere Zeit trennen.

Lily macht jetzt in einer mittelgroßen Stadt im Staat New York eine Ausbildung zur Krankenschwester. Sie besitzt eine Green Card. Offenen Rassismus habe sie in den USA noch nicht erlebt, sagt sie. Es hilft ihr, dass eine Cousine in der gleichen Stadt lebt, ebenso wie eine Freundin, die sie im Flüchtlingslager Kakuma kennengelernt hat. Weitere Mitglieder der großen Nadai-Familie leben in anderen US-Bundesstaaten. Sie zu treffen, sei schwierig, sagt Lily. Es reiche ihr aber, zu wissen, dass sie zur Not dort unterkommen könne. Auch eine Patenfamilie, die Lily und Anna früher im Waisenhaus unterstützt hat, hält den Kontakt.

> „Anna wünscht sich vor allem, dass Lily es vielleicht doch schafft, sie zu ihrer Abschlussfeier im kommenden Jahr in Kenia zu besuchen."

Anna lebt weiterhin in Juja, doch auch sie ist vorangekommen. Ihre Brüder halfen ihr, einen Bachelor in Kommunikationswissenschaften zu finanzieren, und sie konnte in der Medienarbeit ein wenig mehr Fuß fassen – unter anderem als freie Journalistin oder mit ersten eigenen Video-Versuchen auf YouTube. Sie arbeitet fest in Teilzeit für eine gemeindebasierte Organisation und betreut benachteiligte Mädchen. Außerdem wird sie von Lily finanziell unterstützt.

In die Gesellschaft der Stadt ist Anna fest integriert, sie hat einen großen Freundeskreis und mit ihren verschiedenen Projekten oft alle Hände voll zu tun. „Juja ist meine Heimat geworden", sagt sie.

Was bei beiden Zwillingen bleibt, ist der Schmerz der Trennung. „Dass wir jeden Tag sprechen können, macht es einfacher", sagt Lily. „Und dass ich Anna dadurch, dass ich hier bin, helfen kann, tröstet mich auch." Ihre Verwandten möchte sie unbedingt weiterhin unterstützen und es auch deshalb selbst zu etwas bringen. Das erscheint ihr in den USA leichter als in Kenia. Gleichzeitig ist ihr das ostafrikanische Land weiterhin vertrauter, sie nennt das Leben dort „angenehmer".

ZUKUNFTSPLÄNE

Anna wünscht sich vor allem, dass Lily es vielleicht doch schafft, sie zu ihrer Abschlussfeier im kommenden Jahr in Kenia zu besuchen. Am liebsten würde sie zu ihr und den

anderen Verwandten in die USA ziehen, auch Europa könnte sie sich vorstellen. „Hauptsache, ich habe die Möglichkeit zu arbeiten und Geld zu verdienen“, sagt sie.

Das sei ihr auch wichtig wegen etwas, was die Schwestern „black tax“ nennen: „Meine Brüder und Lily haben mich immer unterstützt“, sagt Anna. „Ich muss bald auch in der Lage sein, weiteren Mitgliedern meiner riesigen Familie helfen zu können – das ist eine Art Familiensteuer.“

Nach Südsudan ist Anna nur einmal zurückgekehrt, als die Gebeine ihres Vaters in einer Zeremonie erneut beerdigt wurden. Das war 2011. Lily besuchte dort noch einmal Verwandte, bevor sie 2021 in die USA ging. „Wäre das Land friedlich und stabil“, sagt Anna, „könnte ich mir einen Neuanfang dort vorstellen.“

Lily dagegen sagt, sie spüre keine tiefe Verbindung mehr zu der Region, in der alles begonnen hat. „Im Moment käme nur ein Besuch infrage“, sagt sie. „Mehr nicht.“

Einige Namen wurden von der Redaktion geändert.

KATHARINA WILHELM OTIENO
ist Redakteurin bei E+Z und arbeitet zeitweise in Nairobi.
euz.editor@dandc.eu

© Roman

E+Z jetzt auch als App!

Mit unserer neuen App haben
Sie E+Z immer zur Hand.

Hier geht’s zum Download: *dandc.eu/de/app*

INTEGRATION VON GEFLÜCHTETEN

Die Herausforderungen des Neuanfangs

Die Zahl der Menschen, die gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, ist in den vergangenen zehn Jahren stark gestiegen. Sie müssen nun in Gesellschaften, die ihnen oft völlig fremd sind, bei Null anfangen. Ob sie Erfolg haben, hängt nicht nur von ihrer eigenen Anpassungsfähigkeit ab, sondern auch davon, ob die Aufnahmeländer Verantwortung übernehmen.

VON JENNY PHILLIMORE

Foto: picture alliance/dpa/Boris Roessler

Geflüchtete kommen in einer deutschen Erstaufnahmeeinrichtung an. Wie sich ihr Leben von hier an entwickelt, liegt zu großen Teilen an der Aufnahmegesellschaft.

In den vergangenen Jahren hat sich die Zahl der Menschen, die aus ihrer Heimat geflüchtet sind, mehr als verdoppelt. Mitte 2024 gab es mehr als 122 Millionen gewaltsam Vertriebene, gegenüber rund 43 Millionen im Jahr 2012. Noch nicht berücksichtigt sind darin die Auswirkungen jüngerer Konflikte, etwa in Gaza oder im Sudan. Die meisten Geflüchteten bleiben innerhalb ihres eigenen Landes, doch viele fliehen auch weiter, häufig in Nachbarstaaten.

Fluchtursachen gibt es dabei viele: Krieg, Gewalt, Verfolgung, Naturkatastrophen und die zunehmenden Folgen des Klimawandels. Auch viele LGBTQIA+-Personen sind gezwungen, ihre Heimat aufgrund von Diskriminierung und Gewalt zu verlassen – zumal Dutzende Länder Homosexualität weiterhin unter Strafe stellen.

Entgegen gängigen Stereotypen sind mehr als die Hälfte der Vertriebenen weltweit Frauen und Kinder. Frauen sind

besonderen Gefahren ausgesetzt, etwa einem erhöhten Risiko sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, während Männer häufiger körperliche Gewalt erleiden.

Einen sicheren Ort zu finden, ist nicht leicht. Der Weg dorthin kann genauso gefährlich sein wie die Situation, aus der man flieht. Menschen, die Grenzen überqueren, riskieren Festnahme, Folter und Abschiebung. Die Fluchtrouten sind oft tödlich: Tausende ertrinken oder sterben auf andere Weise. Überlebende erreichen ihr Ziel häufig schwer traumatisiert – viele haben Angehörige verloren, unvorstellbares Leid ertragen und leiden körperlich wie psychisch unter den Folgen.

INTEGRATION IST NICHT NUR EINE PERSÖNLICHE ANGELEGENHEIT

Erreichen Vertriebene schließlich einen sicheren Ort, müssen sie sich in komplexen und oft feindseligen Asylsystemen zurechtfinden. In manchen Ländern leben Asylsuchende jahrelang in Armut und Unsicherheit, während sie auf eine Entscheidung über ihren Status warten. Diese Wartezeit, verbunden mit der Angst, zurückgeschickt zu werden, hat gravierende psychische Folgen. Oft dürfen Betroffene weder arbeiten noch studieren und verbringen lange Zeit in Isolation und Untätigkeit.

Gleichzeitig wird von anerkannten Geflüchteten erwartet, dass sie ihr Leben in einem Land neu aufbauen, das ihnen meist völlig fremd ist. Sie haben ihr Zuhause, ihren Besitz, ihre Arbeit und manchmal sogar Kinder oder Eltern verloren. Nun müssen sie sich an neue Kulturen, Sprachen, Klimabedingungen und Lebensweisen gewöhnen. Diesen Prozess nennen wir Integration – die Betroffenen lernen, in einem neuen Land zu leben und teilzuhaben.

Integration ist jedoch nicht nur eine persönliche, sondern auch eine politische Aufgabe. Gelingende Integration gibt Menschen ein Gefühl der Zugehörigkeit und hilft, Traumata zu verarbeiten. Auch für die Aufnahmeländer ist dies von großer Bedeutung: Wer gut integriert ist, leistet mit höherer Wahrscheinlichkeit einen sozialen und wirtschaftlichen Beitrag. Zunehmend hängt die öffentliche und politische Unterstützung für die Aufnahme von Geflüchteten davon ab, ob Integration als erfolgreich wahrgenommen wird.

Integration ist dabei vielschichtig. Sie umfasst Zugang zu Wohnraum, Arbeit und Gesundheitsversorgung, den Aufbau sozialer Kontakte, das Erlernen der Sprache, rechtliche Sicherheit und das Gefühl emotionaler Verbundenheit mit dem neuen Land. All diese Bereiche hängen zusammen: Niemand kann sich auf Jobsuche begeben, wenn man krank ist oder die erforderliche Sprache nicht spricht. Und wer Diskriminierung erfährt und zugleich kaum soziale Kontakte hat, wird schwerer ein Gefühl der Zugehörigkeit entwickeln.

Integration ist deshalb eine gemeinsame Verantwortung. Sie hängt nicht nur von Geflüchteten ab, sondern auch von Regierungen, Institutionen, Arbeitgebern, Medien und lokalen Gemeinschaften in den Aufnahmeländern. Rassismus oder eine ablehnende Haltung gegenüber Geflüchteten können enorme Hürden schaffen. Es ist eindeutig belegt, dass sich Diskriminierung negativ auf die die psychische Gesundheit auswirkt und Geflüchteten erschwert, sich zugehörig zu fühlen oder erfolgreich Fuß zu fassen.

> „Solange sich Menschen nicht sicher und emotional wohl fühlen, kann von ihnen nicht erwartet werden, dass sie lernen oder arbeiten."

WARUM GELINGT INTEGRATION OFT NICHT?

Viele Länder verfügen über Integrationsprogramme mit Sprachkursen, Berufsqualifizierungen oder Unterstützung bei der Jobsuche. Dennoch haben Geflüchtete größere Schwierigkeiten als andere Migrantengruppen, Arbeit zu finden oder die Sprache zu lernen. Es kann bis zu zehn Jahre dauern, bis sie ähnliche Ergebnisse erzielen wie andere Gruppen – und Frauen bleiben oft auch darüber hinaus ausgeschlossen.

Schlechte Integration kann Traumata verschärfen und Abhängigkeiten verstärken, während eine gelungene Integration das Wohlbefinden steigert und Geflüchteten ermöglicht, sich gesellschaftlich einzubringen. Weshalb also bleiben die Ergebnisse oft unzureichend?

Zunächst einmal, weil Geflüchtete besondere Nachteile haben. Im Unterschied zu anderen Migrant*innen haben sie ihre Heimat nicht freiwillig verlassen und ihre Reise nicht nach Jobchancen geplant. Viele sind schwer traumatisiert und kommen mit sehr wenigen Ressourcen an. Sie kennen die Systeme nicht, haben womöglich keine Dokumente oder Abschlüsse und oft auch keine Freunde

oder Familien, die sie unterstützen. Manche Frauen haben keine Schulbildung oder Erfahrung damit, ihr eigenes Geld zu verdienen.

Hinzu kommt, dass viele Geflüchtete unter komplexen gesundheitlichen Problemen leiden. Selbst wenn körperliche Verletzungen verheilt sind, kann es Jahre dauern, psychische Traumata zu überwinden. Nachrichten aus der Heimat oder Erinnerungen lösen erneuten Schmerz aus, auch weil viele Geflüchtete die Traumata ihrer Angehörigen in der Heimat stellvertretend miterleben. Posttraumatische Belastungsstörungen können Schlaf, Gedächtnis und Konzentrationsfähigkeit beeinflussen und führen zu Angst und Rückzug – all das erschwert das Lernen und Arbeiten.

Trotz dieser Belastungen wollen viele Geflüchtete, insbesondere Männer, arbeiten und ihre Familien unterstützen. Die meisten kommen aus Kulturen, in denen es unüblich ist, von staatlichen Leistungen zu leben. Nicht zu arbeiten, empfinden viele als belastend. Dennoch sehen sie sich konfrontiert mit einem schwierigen Arbeitsmarkt, fehlenden Netzwerken, Sprachbarrieren und Vorurteilen von Arbeitgebern, die möglicherweise zögern, jemanden ohne lokale Abschlüsse oder Erfahrung einzustellen.

Für Frauen ist die Situation häufig noch schwieriger. Sie sind oft stärker von Trauma, Verlust und Isolation betroffen, und vielen fehlt Selbstvertrauen, insbesondere wenn sie zuvor kaum Bildung genossen oder Arbeitserfahrung gesammelt haben. Manche sind alleinerziehend oder haben kleine Kinder und scheuen sich, eine Kinderbetreuung in Anspruch zu nehmen – besonders, wenn sie von ihrer Familie getrennt wurden oder Angehörige verloren haben. Viele Sprachkurse bieten keine Kinderbetreuung an, was die Teilhabe zusätzlich erschwert.

WIE GELINGT INTEGRATION?

Manche Länder haben bessere Systeme als andere. Schweden und Australien bieten beispielsweise strukturierte Integrationsprogramme an, die Sprachunterricht, Kinderbetreuung und Unterstützung durch Sozialarbeiter*innen umfassen. Diese verweisen Geflüchtete an psychologische Stellen oder Community-Gruppen, in denen sie ihre Muttersprache sprechen und Kontakte knüpfen können. Solche Netzwerke stärken Selbstvertrauen, fördern den Zugang zu einer neuen Kultur und erleichtern den Aufbau von Freundschaften.

Auch Mentoring- oder kommunale Patenschaftsprogramme sind hilfreich. Wenn Geflüchtete früh Kontakt zu Familien oder Freiwilligen vor Ort bekommen, kann dies dazu beitragen, dass sie sich leichter in einer neuen Umgebung zurechtfinden, sich willkommen fühlen und Chancen ergreifen. Selbst solche kleinen Kontakte können dabei helfen, sich weniger allein zu fühlen und hoffnungsvoller in die Zukunft zu blicken.

Doch selbst mit Unterstützungsangeboten bleiben Geflüchteten viele Hürden. Zu viele Programme sind zeitlich begrenzt und konzentrieren sich zu sehr darauf, Menschen schnell in Arbeit zu bringen, ohne auf die gesundheitlichen oder emotionalen Bedürfnisse einzugehen, die Vorrang haben müssen. Insbesondere Frauen bleiben dadurch oft außen vor, insbesondere wenn sie sich noch nicht bereit fühlen, eine Arbeit oder ein Studium anzufangen.

Es braucht also einen durchdachteren Ansatz, um Geflüchtete auf lange Sicht erfolgreich zu integrieren. Der erste Schritt sollte immer sicherer Wohnraum und Zugang zu psychologischer Betreuung sein. Solange sich Menschen nicht sicher und emotional wohl fühlen, kann von ihnen nicht erwartet werden, dass sie lernen oder arbeiten.

Als Nächstes muss die Sprachförderung flexibler und zugänglicher gestaltet werden, beginnend mit Alltagssprache und später dann mit berufs- oder studienbezogenen Inhalte. Eine gute Sprachförderung berücksichtigt außerdem unterschiedliche Ausgangsniveaus und sollte auch Kinderbetreuung anbieten. Für manche mag eine Berufsausbildung das Ziel sein, für andere eine akademische Ausbildung. Geflüchtete brauchen wie alle Menschen Zeit, Unterstützung und Wahlmöglichkeiten.

> „Mit der richtigen Unterstützung sind Flüchtlingskinder oft sehr gut in der Schule und können Brücken bauen zwischen ihren Familien und der Aufnahmegesellschaft.“

Der Einstieg in den Arbeitsmarkt lässt sich durch bezahlte Praktika oder Ausbildungsplätze erleichtern, idealerweise mit Unterstützung und Anreizen für Arbeitgeber. Und Mentor*innen oder Begleiter*innen können die Art von informeller Unterstützung bieten, die die meisten von uns von Familie oder Freund*innen kennen – vor allem, wenn sie ähnlich alt sind, dasselbe Geschlecht oder einen ähnlichen Hintergrund haben.

Wichtig ist auch, die Arbeit der Eltern von Geflüchteten, insbesondere von Müttern, anzuerkennen. Ein Kind in einem fremden Land zu erziehen, unter dem Einfluss von Traumata, ist äußerst herausfordernd. Viele Frauen konzentrieren sich darauf, ihren Kindern ein gutes Leben zu ermöglichen und sich gut anzupassen. Diese Arbeit sollte anerkannt, nicht abgewertet werden. Mit der richtigen Unterstützung sind Flüchtlingskinder oft sehr gut in der Schule und können Brücken bauen zwischen ihren Familien und der Aufnahmegesellschaft. Die Unterstützung von Flüchtlingseltern durch Freundschaften, Freiwilligenarbeit oder Engagement in Schulen kann diesen helfen, Selbstvertrauen zu entwickeln und sich in ihrem neuen Land ein Leben aufzubauen in einer Geschwindigkeit, die keinen zusätzlichen Belastungen verursacht.

Integration ist sowohl komplex als auch unverzichtbar. Doch vielen Beteiligten fehlt ein klares Verständnis dafür, was es bedeutet, vertrieben worden zu sein und wie schwierig der Aufbau eines neuen Lebens in einem fremden Land sein kann. Erfolgreiche Integration erfordert nicht nur Empathie, sondern auch aktive Mitwirkung aller Beteiligten. Dazu gehört die Umsetzung umfassender Integrationsstrategien: Staaten sollten die Verantwortung übernehmen, den Geflüchteten Zugang zu den notwendigen Ressourcen zu verschaffen, um sich in der Fremde ein neues Leben aufbauen zu können.

JENNY PHILLIMORE
ist Professorin für Migration und Superdiversität an der Universität Birmingham.

euz.editor@dandc.eu

Abonnieren Sie den E+Z-Newsletter!

Unser 14-tägiger Newsletter bringt Neuigkeiten, Analysen, vernachlässigte Stories und wichtige Termine der globalen entwicklungspolitischen Community direkt in Ihr Postfach. Abonnieren Sie in wenigen Schritten die *deutsche Version* oder *die englische*.

Foto: Syed Muhammad Abubakar

Parveen Bibi in Darkut Colony vor einem Wassertank, der mittels einer solarbetriebenen Pumpe befüllt wird.

BINNENVERTRIEBENE

Solarbetriebene Wasserversorgung für Klimaflüchtlinge in Pakistan

Eine funktionierende Basisinfrastruktur ist eine der Voraussetzungen für die Integration von Geflüchteten. In Pakistan hilft eine Initiative des WWF dabei, Binnenflüchtlinge mit Trinkwasser zu versorgen.

VON SYED MUHAMMAD ABUBAKAR

Vor fünfzehn Jahren verursachten heftige Monsunregenfälle verheerende Überschwemmungen in verschiedenen Regionen Pakistans, forderten 1985 Menschenleben und führten zu enormen Verlusten an Häusern, Vieh, Ernten und Besitz. Parveen Bibi, heute 30 Jahre alt, berichtet, dass ihre Familie viel verloren hat, als die Überschwemmungen ihr Haus im Darkut-Tal im Distrikt Ghizer in Gilgit-Baltistan, einer Bergregion im Norden Pakistans, trafen. Die Regierung habe jedoch nur eine geringe finanzielle Entschädigung und Lebensmittelrationen für drei Monate bereitgestellt, sagt sie. „Wir hatten keine Unterkunft und lebten in Notunterkünften und bei Verwandten", erinnert sie sich.

Der Ismaili Council, eine muslimische Organisation, half 2016 betroffenen Familien, Land zu kaufen, und kofinanzierte den Bau von Häusern in einer sichereren Gegend. Laut Parveen Bibi wanderten in dem Jahr mehr als 50 Haushalte aus dem Darkut- in das Hatoon-Tal aus. Sie nannten ihre Gemeinde „Darkut Colony". Das erinnere sie an ihre Herkunft und verbinde sie mit dem Land ihrer Ahnen, sagt Bibi.

Als sie und ihre Nachbarn nach Darkut Colony kamen, habe es für sie keine kommunale Wasserversorgung und auch keine Schule für die Kinder gegeben, erinnert sich Bibi. „Das Leben war schwer", sagt sie. „Wir tranken Wasser aus Bächen." Der Ismaili Council hatte einen Wassertank gebaut, um Wasser aus dem nahegelegenen Ghizer-Fluss zu pumpen. Aber der Elektromotor, der die Pumpe antrieb, funktionierte nicht gut, und der Wasserbedarf der Gemeinde konnte nicht gedeckt werden. Die Menschen mussten Wasser aus offenen Quellen in der Nähe holen und waren somit diversen durch Wasser übertragenen Krankheiten ausgesetzt.

GRUNDLEGENDE INFRASTRUKTUR FEHLT

Khadim Hussain, Direktor der Umweltschutzbehörde von Gilgit-Baltistan, warnt, dass durch klimabedingte Katastrophen vertriebene Familien oft in informellen Siedlungen oder provisorischen Lagern ohne Grundversorgung unterkommen. „Die Wohnverhältnisse sind schlecht, und der Zugang zu sauberem Wasser, Gesundheitsversorgung, Bildung und sanitären Einrichtungen ist begrenzt, was ihre Situation noch verschlimmert", sagt er. Er fügt hinzu, dass viele ihre traditionellen Lebensgrundlagen wie Landwirtschaft, Viehzucht und Obstbau verlören und nun unsichere, schlecht bezahlte Arbeiten verrichten müssten.

Hussain weist zudem darauf hin, dass Migration auch Bindungen von Familien und Gemeinschaften zerstört und Neuankömmlinge in den Aufnahmegebieten oft diskriminiert werden. Die Bildung der Kinder leide ebenfalls darunter, da die neuen Schulen möglicherweise unzugänglich oder nicht aufnahmewillig seien.

Staatliche Institutionen, zivilgesellschaftliche Organisationen, lokale Gemeinschaften und Freiwillige leisten Hussain zufolge nach klimabedingten Katastrophen in Pakistan meist Soforthilfe. Betroffene Gemeinschaften wurden in sicherere Gebiete umgesiedelt, die Behörden haben Entschädigungen für Verluste gezahlt, wichtige Infrastruktur wiederhergestellt und in einigen Fällen dauerhafte Unterkünfte bereitgestellt. Hussain betont jedoch, dass die Unterstützung oft nicht ausreicht, um für langfristige Stabilität und Resilienz zu sorgen.

Er fährt fort: Die Betroffenen sorgten sich nicht nur um Wohnraum, Wasser, sanitäre Einrichtungen und Gesundheitsversorgung, sondern fürchteten auch erneute Vertreibung durch Naturkatastrophen. Der Verlust angestammter Gebiete führe zu finanzieller Unsicherheit, und umgesiedelte Familien fühlten sich oft marginalisiert und von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. „Die betroffenen Gemeinschaften streben eine sichere und würdige Umsiedlung mit nachhaltigen Lebensgrundlagen an", sagt er.

EINE SOLARBETRIEBENE LÖSUNG FÜR DARKUT COLONY

Im vergangenen Jahr bat eine lokale Hilfsorganisation den WWF Pakistan – eine zivilgesellschaftliche Umweltorganisation – um Hilfe für Darkut Colony. Mit Mitteln aus dessen Programm „Water Resource Accountability in Pakistan" (WRAP) wurde eine solarbetriebene Wasserversorgungsanlage installiert. Die Arbeiten begannen im Dezember 2024, im Juli 2025 war das neue System betriebsbereit. Es versorgt Darkut Colony nun mit sicherem Trinkwasser, ohne dabei CO_2 auszustoßen.

Die Gemeinde schaltet die solarbetriebene Wasserpumpe zweimal täglich ein, morgens und nachmittags. Das Wasser wird in einen Tank mit einem Fassungsvermögen von 28.000 Litern gepumpt und über ein Rohrleitungsnetz

„Es ist entscheidend, den Berggemeinschaften in Gilgit-Baltistan Anpassungshilfen zu bieten, damit möglichst viele Menschen widerstandsfähig gegenüber Klimafolgen werden und in ihrer ursprünglichen Heimat bleiben können."

an die Haushalte verteilt. Das Projekt kostete laut WWF Pakistan 7,1 Millionen pakistanische Rupien (etwa 25.000 Dollar). Inzwischen wurde es der Gemeinde übergeben, die Betrieb und Wartung der solarbetriebenen Wasserpumpe über einen monatlichen Haushaltsbeitrag finanziert. Das System hat eine voraussichtliche Lebensdauer von 25 bis 30 Jahren.

Farasat Ali, der Provinzprojektleiter von WRAP beim WWF Pakistan, sagt, dass Darkut Colony auch im Winter reichlich Sonne habe. Daher könne das Versorgungssystem den Wasserbedarf der Gemeinde vollständig durch Solarenergie decken. Ihm zufolge ist das bereitgestellte Wasser trinkbar und entspricht den Richtlinien der WHO sowie den nationalen Umweltqualitätsstandards Pakistans.

Bewohner*innen sagen, das Projekt habe ihre Gesundheit verbessert und das Risiko einer Ansteckung mit wasserbürtigen Krankheiten gemindert. Parveen Bibi bestätigt, dass das Wasser „gut zum Trinken" sei und die Menschen „sich gesund fühlen". Shakoor Khan lebt ebenfalls in Darkut Colony. Er hat bei den Überschwemmungen 2010 sein Ackerland und seine Arbeit verloren. Er sei dankbar für das Wasserversorgungssystem – allerdings brauche es für bewölkte Tage eine Notstromversorgung, meint er.

Die Solarpumpe kann jedoch laut Farasat Ali dank ihrer Frequenzumrichtertechnologie (Variable Frequency Drive, VFD) auch bei weniger Sonne betrieben werden. Das Team plane dennoch, den Bedarf für einen zusätzlichen Stromanschluss im Winter zu prüfen.

VERHEERENDE ÜBERSCHWEMMUNGEN IN DIESEM JAHR

Während die Binnenvertriebenen aus Darkut Colony versuchen, sich in der neuen Heimat ein Leben aufzubauen, mussten einige ihrer pakistanischen Landsleute in Gilgit-Baltistan kürzlich schwere Überschwemmungen durchstehen. Faizullah Faraq, einem Regierungssprecher von Gilgit-Baltistan zufolge, starben zwischen 22. Juni und 15. September 2025 in diesem Verwaltungsgebiet 45 Menschen aufgrund von Extremwetterereignissen, und 41 wurden verletzt. Auslöser waren klimabedingte Gletscherssee-Ausbruchsfluten (Glacial Lake Outburst Floods, GLOFs) und Wolkenbrüche. Die Regierung arbeitet laut Faraq daran, die beschädigte Infrastruktur wieder aufzubauen.

Khadim Hussain von GB-EPA warnt, dass die Gefahr wiederkehrender Katastrophen in Gilgit-Baltistan hoch sei. „Ohne umfassende Unterstützungssysteme wird die klimabedingte Migration im Norden Pakistans wahrscheinlich exponentiell zunehmen", sagt er.

Es ist entscheidend, den Berggemeinschaften in Gilgit-Baltistan Anpassungshilfen zu bieten, damit möglichst viele Menschen widerstandsfähig gegenüber Klimafolgen werden und in ihrer ursprünglichen Heimat bleiben können. Diejenigen, die ihre Heimat verlassen müssen – wie die Gemeinschaft von Darkut Colony – brauchen ausreichende Unterstützung, um ein würdiges Leben in einer neuen Heimat zu beginnen, ohne Diskriminierung oder Marginalisierung.

In der Zwischenzeit können Initiativen wie die vom WWF Pakistan installierte Solarwasserpumpe in anderen Teilen Nordpakistans nachgeahmt werden, in denen die Gemeinschaften Probleme mit dem Zugang zu sauberem Trinkwasser haben.

LINK

WWF-Pakistan:
wwfpak.org

SYED MUHAMMAD ABUBAKAR
ist ein in Pakistan lebender Umweltjournalist. Er promoviert derzeit im Fachbereich Kommunikation an der George Mason University, USA.

s.m.abubakar@hotmail.com
X: SyedMAbubakar

KOLUMBIEN

Neue Chancen für Millionen Venezolaner*innen

*Nachdem die Not in Venezuela eine der größten Fluchtbewegungen unserer Zeit ausgelöst hatte, traf das Nachbarland Kolumbien eine Entscheidung: Bis 2023 konnten alle Venezolaner*innen einen Aufenthaltstitel und eine Arbeitserlaubnis beantragen. Auch wenn nicht alles reibungslos lief – das Beispiel zeigt, was möglich ist, wenn der politische Wille da ist.*

VON FABIO ANDRÉS DÍAZ PABÓN

Foto: picture alliance / AA / Juancho Torres

Venezolaner*innen warten 2023 in Bogotá darauf, dass ihnen die kolumbianischen Behörden den vorübergehenden Schutzstatus erteilen.

Beginnen wir mit den Zahlen: Aus keinem Land waren Ende 2024 mehr Menschen geflohen als aus Venezuela. Laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) leben 6,2 Millionen Venezolaner*innen außerhalb des Landes – mehr, als aus Syrien oder Afghanistan geflohen sind. Seit dem Einbruch der Ölpreise 2014 kam es in Venezuela zu Hyperinflation, Lebensmittel- und Medikamentenknappheit, die Gesundheitsversorgung und andere öffentliche Dienstleistungen verschlechterten sich, die Kriminalität stieg massiv an, und zugleich ging die zunehmend autoritäre Regierung brutal gegen jede Opposition vor.

Bei der dadurch ausgelösten Fluchtbewegung spricht UNHCR von „einer der größten Vertreibungskrisen in Lateinamerika". Kein anderes Land hat mehr geflüchtete Venezolaner*innen aufgenommen als das Nachbarland Kolumbien, dessen Grenze seit 2014 von Millionen venezolanischen Bürger*innen auf der Suche nach Schutz überquert worden ist. Damit belegt Kolumbien weltweit nun Platz drei der größten Aufnahmeländer für Geflüchtete.

Aber auch Schutzsuchende aus anderen lateinamerikanischen Ländern kommen nach Kolumbien, viele davon auf der Durchreise in die USA. Insbesondere seit Beginn der Covid-Pandemie im Jahr 2020 ist die Transitmigration aus anderen südamerikanischen Ländern wie Ecuador, aus der Karibik, Asien und Afrika angestiegen. Knapp 3 Millionen internationale Geflüchtete leben aktuell in Kolumbien – eine große Aufgabe für ein Land, das auch ohne die Fluchtkrise schon einige Probleme zu bewältigen hätte.

EIN VORBILD FÜR DIE NACHBARSTAATEN

Dennoch hat Kolumbien im Vergleich zu anderen Ländern in der Region besser auf die Flucht- und Migrationskrise reagieren können. Einer der Gründe dafür ist sicherlich, dass Kolumbien bereits Erfahrung im Umgang mit Geflüchteten hat. Schließlich belegt Kolumbien noch in einer weiteren internationalen Statistik den dritten Platz: Kolumbien ist das Land mit den drittmeisten Binnenvertriebenen. Der jahrzehntelange bewaffnete Konflikt dauert bis heute an – trotz eines Friedensabkommens, das 2016 zwischen der Regierung und der Guerillagruppe FARC geschlossen wurde. Zusammenstöße zwischen bewaffneten Gruppen führen weiterhin zu Zwangsvertreibungen, und so zählten Ende 2024 rund 7 Millionen Kolumbianer*innen als Binnenvertriebene und benötigten Schutz.

Kolumbien hatte also bereits institutionelle und administrative Kapazitäten aufgebaut, um auf die humanitären Bedürfnisse von Geflüchteten zu reagieren – das Land hatte einen langen Prozess des Lernens, der Anpassung und der Reaktion durchlaufen.

Als Antwort auf die venezolanische Fluchtkrise hat Kolumbien 2021 eine interessante Initiative ins Leben gerufen. Der Estatuto Temporal de Protección para Migrantes Venezolanos (vorübergehender Schutzstatus für venezolanische Migrant*innen – EPTV) ermöglicht es venezolanischen Migrant*innen, ihren Status zu legalisieren. Sie dürfen sich bis zu zehn Jahre lang in Kolumbien aufhalten, bevor sie eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen müssen, und erhalten eine Arbeitserlaubnis sowie Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung. Alle Venezolaner*innen, die sich bereits im Land befanden – ob legal oder illegal – und diejenigen, die zwischen Februar 2021 und Mai 2023 legal eingereist sind, konnten den EPTV beantragen und erhielten den Permiso por Protección Temporal (PPT), ein Dokument, das einer Aufenthaltsgenehmigung ähnelt. Mit dem PPT können Venezolaner*innen sich an lokale und regionale Behörden wenden, um Zugang zu verschiedenen Unterstützungsprogrammen zu erhalten.

Obwohl der EPTV nicht perfekt war, hat er den Venezolaner*innen ermöglicht, sich in Kolumbien ein Leben aufzubauen und Zugang zum sozialen Sicherungsnetz zu erhalten. Nach Schätzungen der Internationalen Organisation für Migration (IOM) trugen venezolanische Migrant*innen im Jahr 2022 529,1 Millionen Dollar zur kolumbianischen Wirtschaft bei, was fast zwei Prozent der gesamten Steuereinnahmen des Landes entspricht. Die IOM geht davon aus, dass die Venezolaner*innen dank der EPTV-Initiative in den kommenden Jahren noch mehr beitragen werden.

> „Für Migrant*innen und Geflüchtete ist es nicht immer einfach – auch für die Venezolaner*innen nicht. Sie werden von der Gesellschaft stigmatisiert und als weniger beschäftigungsfähig betrachtet."

ANDERE GEFLÜCHTETE SIND WENIGER GESCHÜTZT

Mit dem EPTV-Programm ist Kolumbien ein Vorbild für den Kontinent. Wie immer jedoch schaffen Regulierungen und Gesetze auch Grenzen. Alle, die nicht unter die oben genannten Kategorien fallen, bleiben in der Schwebe.

Dazu gehören insbesondere alle Menschen, die aus anderen Ländern als Venezuela Zuflucht suchen. Die meisten von ihnen müssen als Geflüchtete anerkannt werden, um einen legalen Status in Kolumbien zu erlangen. Die rechtliche Definition von Geflüchteten ist jedoch strenger, was den Anerkennungsprozess erschwert. Geflüchtete sind in Kolumbien im Allgemeinen weniger geschützt und haben durchweg schlechteren Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und Arbeit.

Für Migrant*innen und Geflüchtete ist es nicht immer einfach – auch für die Venezolaner*innen nicht. Sie werden von der Gesellschaft stigmatisiert, fälschlicherweise mit mehr Kriminalität in Verbindung gebracht und als weniger beschäftigungsfähig, faul oder weniger unterstützungswürdig betrachtet. In einem Land mit einem hohen Maß an Informalität und Prekarität konkurrieren sie mit den Kolumbianer*innen um die Unterstützung des Staates.

> „Migrant*innen und Geflüchtete in Kolumbien sind zunehmend von Gewalt und Vertreibung betroffen und laufen ein höheres Risiko, von Mafiagruppen und bewaffneten Gruppen ausgebeutet zu werden."

Kolumbien ist zudem ein Land, in dem bewaffnete Konflikte andauern und das derzeit eine besorgniserregende Gewaltzunahme verzeichnet. Migrant*innen und Geflüchtete in Kolumbien sind zunehmend von Gewalt und Vertreibung betroffen und laufen ein höheres Risiko, von Mafiagruppen und bewaffneten Gruppen ausgebeutet zu werden. Berichte veranschaulichen, dass Mafiagruppen de facto die Migrationsrouten von Lateinamerika in die USA kontrollieren. Migrant*innen können von bewaffneten Gruppen missbraucht werden oder sich im Kreuzfeuer wiederfinden – und Kolumbien bildet hier keine Ausnahme.

DIE USA UND IHRE KANONENBOOTDIPLOMATIE

Es gibt aber auch noch einen weiteren Grund, weshalb Kolumbien vorbildlich auf die Vertreibungskrise reagiert hat – und das ist politischer Wille. Kolumbien war politisch gesehen immer ein rechtsgerichtetes Land. Die Regierungen hegten eine starke Abneigung gegen das venezolanische Regime und haben Geflüchtete aus Venezuela eher willkommen geheißen.

Die derzeitige Regierung von Gustavo Petro hat nun einen anderen Ton angeschlagen. Petro, der 2022 als erster linksgerichteter Präsident in der Geschichte Kolumbiens sein Amt antrat, will die Spannungen mit Venezuela abbauen. Diese Positionsänderung hat die Unterstützung für Migrationsprogramme gesenkt, was durch die Kürzungen der USAID-Mittel für humanitäre Programme noch verstärkt wird. Letztendlich hängt der Schutz von Migrant*innen und Geflüchteten immer auch von der internationalen Politik ab.

Da die USA kürzlich im Rahmen ihrer Kanonenbootdiplomatie Kriegsschiffe vor Venezuela stationiert haben und weiterhin hart gegen Migrant*innen und Geflüchtete vorgehen, die in die USA kommen, bleibt abzuwarten, ob diese Spannungen den Zustrom von Venezolaner*innen verstärken werden. Sollte es deshalb zu einer Rückwanderung von Migrant*innen kommen, die sich bereits auf dem Weg in Richtung USA befinden, wird dies das Land vor neue Herausforderungen stellen. Erstmal aber lässt sich festhalten: Kolumbien ist ein Beispiel für einen Staat, der sich trotz eigener Probleme dafür entschieden hat, sich für die Menschlichkeit einzusetzen.

FABIO ANDRÉS DÍAZ PABÓN
ist wissenschaftlicher Mitarbeiter zu den Themen nachhaltige Entwicklung und Afrikanische Agenda 2063 am African Centre of Excellence for Inequality Research (ACEIR) an der Universität Kapstadt und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik und Internationale Studien der Rhodes University.

fabioandres.diazpabon@uct.ac.za

Foto: Stephan Pramme

Die Familie Baghdasaryan wurde 2023 aus ihrer Heimat Bergkarabach vertrieben. Heute lebt sie in Yeghegnadzor im Süden Armeniens.

VERTREIBUNG DURCH KONFLIKT

„Ich wollte in Bergkarabach sterben“

*Als 2023 der Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien um die Region Bergkarabach eskalierte, flohen zahlreiche Bewohner*innen nach Armenien. Trotz der Unterstützung, die sie dort durch die Zivilgesellschaft erhalten, gelingt es nicht allen, in der Gesellschaft Fuß zu fassen.*

VON ANDRÉ UZULIS

Irina Baghdasaryan hat alles verloren. Zwei Jahre ist es nun her, dass die Armenierin aus ihrer Heimat Bergkarabach vertrieben wurde. Die 38-Jährige erinnert sich mit Schrecken an jenen 19. September 2023. Sie lebte mit ihrer Familie im Dorf Chankatagh in der Region Martakert. Am Vormittag jenes Dienstags hörte sie vom Einmarsch aserbaidschanischer Truppen. Es ging alles so schnell, dass sie nicht einmal mehr ein Familienfoto von der Wand nehmen konnte. Die Familie floh mit vier kleinen Kindern und der damals 81 Jahre alten Großmutter Raya, als ihr Dorf schon vom aserbaidschanischen Militär umstellt war.

Irgendwie fanden sie einen Durchschlupf und schlugen sich in die Wälder, liefen die ganze Nacht, zeitweise verfolgt von Soldaten. Sie hatten kein Essen dabei, kein Wasser und an Kleidung nur das, was sie am Leibe trugen. Auf der Flucht sahen sie, wie ein armenischer Panzer vor ihren Augen durch eine Granate zerstört wurde. Endlich trafen sie

auf armenische Soldaten, die sie auf einem Lastwagen in die Hauptstadt Bergkarabachs, Stepanakert, mitnahmen. Dort harrten sie noch vier Tage bei Bekannten aus, bis sie in einem mit Flüchtlingen überfüllten Bus über den Latschin-Korridor, der einzigen Landverbindung zwischen dem auf aserbaidschanischem Territorium gelegenen Bergkarabach und Armenien, ins armenische Kernland gelangten.

Die Baghdasaryans teilen ihr Schicksal mit rund hunderttausend Landsleuten. Mit der Eroberung Bergkarabachs endete eine mehrtausendjährige armenische Besiedlung der Region. Das muslimische Aserbaidschan besetzte die christliche armenische Exklave und vertrieb alle dort lebenden Armenier*innen. Die seit Jahrzehnten immer wieder aufflammenden kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den Nachbarstaaten waren damit beendet. Die beiden ehemaligen Sowjetrepubliken hatten seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion Anfang der 1990er-Jahre mehrere Kriege gegeneinander geführt. Anfangs siegte Armenien und eroberte ein großes Gebiet rund um Bergkarabach; später holte sich Aserbaidschan diese Territorien zurück und schuf mit der Vertreibung der Armenier*innen aus Bergkarabach ganz neue Tatsachen.

Bergkarabach ist heute weitgehend verwaist. Aserbaidschanische Soldatenfamilien seien dort angesiedelt worden, heißt es. Im August 2025 unterzeichneten die Regierungen in Jerewan und Baku ein Abkommen, in dem beide Länder versprechen, die territoriale Integrität in den geltenden Grenzen anzuerkennen.

UNTERSTÜTZUNG AUS DER ZIVILGESELLSCHAFT

In Armenien aufgenommen wurde die Familie Baghdasaryan von der zivilgesellschaftlichen Organisation Syunik-Development in Yeghegnadzor, der Hauptstadt der Provinz Wajoz Dsor im Süden des Landes. Aufgabe von Syunik-Development ist es nach eigener Darstellung, die Landbevölkerung bei der Lösung aktueller sozialer, wirtschaftlicher, ökologischer und bildungsbezogener Probleme zu unterstützen.

Die Initiative dazu kam 1995 vom Bistum der armenisch-apostolischen Kirche in der Region, genauer von Erzbischof Abraham Mkrtchyan, Gründer der Organisation und heute ihr Vorsitzender. Es war die Zeit nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, als der gerade unabhängig gewordene armenische Staat sich erst neu finden musste und vieles in der Hauptstadt Jerewan passierte, aber wenig auf dem Land.

Das Stadt-Land-Gefälle ist bis heute eines der größten Strukturprobleme Armeniens. Alles konzentriert sich auf Jerewan. Das Wirtschaftswachstum dort hat sich vom Rest des Landes abgekoppelt, das Preisniveau entspricht dem westeuropäischer Metropolen. Die Provinz hingegen leidet unter Unterbeschäftigung und niedrigen Einkommen.

Foto: Stephan Pramme

Gohar Ishkhanyan und ihre Kinder stehen vor ihrem Haus am Rande von Yeghegnadzor: Nach zwei Vertreibungen hat die Familie sich eine Perspektive in Armenien aufgebaut.

NOTHILFE UND BILDUNGSPROGRAMME

„Eine unserer wichtigsten Aufgaben war 2023 die Nothilfe für Flüchtlinge“, sagt Projektkoordinatorin Hayarpi Aghakhanyan. „Es ging dabei um die Versorgung mit grundlegenden Gütern wie Nahrung, Kleidung, medizinischer Versorgung. In einem zweiten Schritt bauen wir dann nachhaltige Unterstützung in Form von Wohnungen, Bildungsprogrammen, Jugendarbeit und unterstützender Sozialarbeit auf.“

Auch die Familie Baghdasaryan kam in den Genuss dieser Hilfen. Nach der ersten Zeit in einer Flüchtlingsunterkunft fand sie mit Hilfe von Syunik-Development eine Wohnung in Yeghegnadzor. Dort lebt die Familie noch heute unter ärmlichen Verhältnissen. Irina Baghdasaryan, die in Bergkarabach als Assistentin der Geschäftsführung einer Goldmine gearbeitet hatte, ist trotz aller Hilfen nach der Flucht und trotz großer Solidarität ihrer neuen Nachbarn nie richtig in der Gesellschaft des Kernlandes angekommen. Sie ist geschieden und arbeitslos. Der zehnjährige Sohn Artur ist seit der Flucht traumatisiert und bedarf viel Zuwendung durch die Mutter, die deshalb nicht arbeiten gehen kann.

Angewiesen ist die Familie auf die karge Rente der heute 83 Jahre alten Großmutter Raya, die in Bergkarabach als Reinigungskraft gearbeitet hat. Die schwarz gekleidete, ausgemergelte alte Dame verbirgt ihr Gesicht in den Händen; ihr laufen Tränen über die Wangen, als sie von der Flucht berichtet. „Ich wollte in Bergkarabach sterben und dort begraben werden“, sagt sie. „Dann haben wir alles verloren, sogar unser eigenes Grab.“

Ähnlich hart traf es die Familie Ishkhanyan, die heute in einem kleinen Haus am Rande von Yeghegnadzor lebt. Sie wurde sogar zweimal vertrieben: im Krieg 2020 aus ihrer Stadt Schuschi und dann 2023 noch einmal und endgültig aus Stepanakert, wohin sie nach Ende der Kampfhandlungen 2020 gezogen war. Sie haben sich aber im Gegensatz zu den Baghdasaryans eine Perspektive in Armenien aufgebaut. Familienvater Armen Ishkhanyan arbeitet als Fernfahrer, seine Frau Gohar als Designerin. Auch wenn sie sich integriert hätten, gäben sie nie die Hoffnung auf, eines Tages nach Bergkarabach zurückzukehren, sagt Gohar Ishkhanyan. Die armenische Staatsbürgerschaft haben sie jedenfalls nicht angenommen, aus Furcht, sich damit die Rückkehr zu verbauen.

ABHÄNGIG VON RUSSISCHEM GAS

Auf dem Dach des Hauses steht eine moderne Solarthermieanlage. Die wurde von der NGO Syunik-Development finanziert, sagt Projektkoordinatorin Aghakhanyan. „Damit kann Familie Ishkhanyan im Winter Heizkosten sparen.“ Armenien ist abhängig von russischem Gas und bezieht dieses zwar relativ günstig. Jedoch ist die Kaufkraft eines armenischen Haushalts auf dem Land niedrig, sodass die Kosten für Gas in den langen, kalten und schneereichen Wintern des Südkaukasus deutlich zu Buche schlagen. Die Solarthermieanlage hilft Familie Ishkhanyan daher enorm.

„Wir finanzieren uns durch kirchliche Mittel und durch Unterstützung von internationalen Partnern“, sagt Hayarpi Aghakhanyan von Syunik-Development. Als Beispiel für ausländische Geldgeber nennt sie Brot für die Welt und die Europäische Kommission. Die internationalen Partner sitzen

in insgesamt 20 Ländern, die meisten in Westeuropa. Aber auch Georgien und Russland sind darunter – zwei Staaten, zu denen Armenien besondere Beziehungen pflegt. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Finanzmittel kommt aus Spenden der weltweiten armenischen Diaspora. Schätzungsweise 8 bis 10 Millionen Armenier*innen leben im Ausland, während die Einwohnerzahl von Armenien selbst nur etwa 3 Millionen Menschen beträgt. Viele der Auslandsarmenier*innen haben es in Europa, den USA oder Russland zu etwas gebracht. Die Verbindungen zwischen der Diaspora und dem Kernland sind traditionell eng.

Nach dem Ansturm aus Bergkarabach im Herbst 2023 und der Nothilfe für die Geflüchteten hat sich Syunik-Development wieder der mittel- und langfristigen Entwicklung in der Region zugewandt. Landwirtschaftliche Initiativen, Kindergärten, Bildungsarbeit, Förderung von Nachbarschaftshilfen sowie Jugend- und Sozialarbeit stehen in Yeghegnadzor im Zentrum der Arbeit. Ziel sei es, so heißt es auf der Website der Organisation, einen Beitrag zu einer stabilen und demokratischen Gesellschaft in Armenien zu leisten, die auf die sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorbereitet ist.

ANDRÉ UZULIS
ist der Chefredakteur von loyal – Magazin für Sicherheitspolitik.

andre.uzulis@fazit.de

Foto: Stephan Pramme

Erzbischof Abraham Mkrtchyan, Gründer der Organisation Syunik-Development.